

Bezugspreis:

Vom 6.-12. Januar 1 Billion oder 1 Goldmark voranz zahlbar. Unter Kreuzband vom 6.-12. Januar für Deutschland, Danzig, Ost- u. Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Estland, Lettland, 1,50 Goldmark, für das übrige Ausland 1,80 Goldmark. Kreuzbandsendungen nur gegen wertbeständige Zahlung. Postbezugsorte (siehe oben).

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ u. „Erdung und Reingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 8. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkontos: Berlin 375 36 - Postkonto: Direktion der Postkontos-Gesellschaft, Postkontokasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Sonntagsbeilage 0,70 Goldmark. Kleinanzeigen 0,30 Goldmark. Kleinanzeigen 0,20 Goldmark. (außer zwei feinsten Sorten). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenanzeigen das erste Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. (Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Truppenverminderung im Ruhrgebiet

Mainz, 7. Januar. (WTB.) „L'Echo du Rhin“, das offizielle Blatt des französischen Oberkommandos in Coblenz, teilt über die Umgruppierung und Verminderung der französischen Besatzungsarmee mit:

Die französische Rheinarmee wird zurzeit einer Umgruppierung unterzogen. Zahlreiche Truppeneinheiten sind im Begriff, zu Fuß oder mit der Eisenbahn in ihre Garnisonen zurückzukehren, von denen sie am 9. Januar 1923 zur Befreiung des Ruhrgebiets weggelassen worden waren. Der Kampf hat nunmehr sein Ende erreicht. Die Einstellung des passiven Widerstandes, die mit den Industriellen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes getroffenen Abkommen, die Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes gestatten die Verminderung der im Ruhrgebiet angelegten Truppenbestände. Demgemäß werden die aus dem Innern des Landes stammenden Einheiten: die Jäger- und Maschinengewehrregimenter, die Infanterie- und Schützenregimenter, Kavalleriebrigaden, Tanks und Maschinengewehre nach Frankreich zurücktransportiert.

Zufolge der Reorganisations der französischen Rheinarmee bilden gewisse bisher im Rheinland stationierte Regimenter zurzeit Teile der Divisionen im Innern des Landes und werden deshalb ihre derzeitigen Garnisonen verlassen. Das Hauptquartier der Rheinarmee wird am 12. Januar in Mainz wieder einziehen.

Die Lehren der französischen Senatswahlen.

Paris, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die ziffermäßige Verschiebung durch die am Sonntag erfolgten Erstwahlen zum Senat in der Zusammenfassung der Ersten Kammer des französischen Parlaments ist nur sehr gering und wird in der Praxis überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Rechte und nationaler Block haben einige Sitze verloren, von denen zwei den Sozialisten zugefallen sind, ein Bemerkenswertes dafür, daß selbst ein auf eine kleine Elite beschränktes Wahlrecht das Vordringen des Sozialismus nicht aufzuhalten vermog. Wenn auch die Wahlen vom Sonntag der politischen Auswertung nur geringe Anhaltspunkte geben und sie insbesondere auf die Stimmung im Lande keine Rückschlüsse zulassen, so lassen sich doch andererseits sehr wertvolle Lehren aus ihnen ziehen. Es hat sich in erster Linie gezeigt, daß überall da, wo Sozialisten und entschiedene Bürgerliche sich im Kampf gegen den nationalen Block zusammenschließen, den Kandidaten der Linken der Sieg beschieden war; daß dagegen in Wahlkreisen, wo der eine oder andere Partner aus doktrinären Bedenken ein Zusammengehen ablehnen zu müssen glaubte, die Reaktion leichtes Spiel hatte. Nicht minder interessant

ist, daß eine Anzahl von Radikalen, die sich bei den letzten Wahlen unter demokratischer Flagge in den Senat eingeschmuggelt hatten, um dann mit fliegenden Fahnen in das Lager des Nationalen Blocks überzugehen, diesmal nicht wiedergewählt worden sind. Daß die Kommunisten bei mehreren Stichwahlen durch die Enthaltung der Kandidaten der Rechten gegenüber den überzeugten Republikanern zum Siege verholfen haben, nimmt nach der ganzen Haltung dieser Partei nicht Wunder. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die Senatswahlen den Führern der Demokraten Recht gegeben haben, die den Zusammenschluß aller wirklich demokratischen Gruppen mit den Sozialisten zu einem Block der Linken als unerlässliche Voraussetzung für den Erfolg der Wahlen zur Kammer forderten. Nur in geschlossener Kampffront, die von den Sozialisten bis zu den wirklich demokratischen Republikanern reicht, kann im Frühjahr d. J. die Herrschaft des Nationalen Blocks geerdnet werden.

Die französische Schuld an Amerika.

Paris, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach Angaben, die der amerikanische Staatssekretär Mellon auf eine parlamentarische Anfrage im amerikanischen Senat gemacht hat, beträgt die französische Schuld an Amerika 2,9 Milliarden Dollar, zu der noch an rückständigen Zinsen 650 Millionen Dollar kommen, sowie der Kurspreis der von Amerika in Frankreich zurückgelassenen Kriegskausale in Höhe von 407 Millionen Dollar. Die Gesamtschuld beläuft sich danach auf 3,650 Milliarden Dollar, das sind zum gegenwärtigen Kurs 80 Milliarden Frank.

Die Militärkontrolle.

Paris, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem offiziellen Kommuniqué soll die Vorkonferenz, die am heutigen Samstagmorgen eine Sitzung abgehalten hat, sich lediglich mit der Erledigung laufender Angelegenheiten beschäftigt haben. Es besteht Grund zur Annahme, daß sich darunter auch die Frage der alliierten Militärkontrolle über Deutschland befunden hat. Die Vorkonferenz ist damit durch einen Bericht des Generals Rollet befohl worden, der der deutschen Regierung zum Vorwurf macht, daß sie bisher keinerlei Anstalten getroffen habe, den ihr in der Rolle der Vorkonferenz vom 18. November auferlegten Verpflichtungen nachzukommen. Nach der Mitteilung eines Morgenblattes soll über diese Frage bereits seit einigen Tagen zwischen London und Paris ein Meinungsaustrausch im Gange sein.

Reichspräsident Ebert an Bayern.

München, 7. Januar. (WTB.) Eine größere Anzahl heroordragender Persönlichkeiten verschiedener Parteirichtungen und Berufe Bayerns, darunter die Professoren Lupo Brentano, Dr. Gerich, die Professoren Reichensteiner, die Abg. E. Auer, Graf Pestalozzi, Thomas Mann, Bürgermeister von München Eduard Schmid, haben vor einigen Wochen an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Notwendigkeit innerer Einigung und Geschlossenheit betonten. Darauf ist jetzt vom Reichspräsidenten folgende Antwort eingegangen:

Ich begrüße es mit großer Freude, daß in dieser schwersten Zeit unseres Volkes angesehenen Männer verschiedener Parteirichtungen und Berufe mit wachsender Stimme auf die unserm politischen Leben drohende Gefahr der Zerstückelung hingewiesen haben. Ich stimme dem Grundgedanken des Schreibens, daß das Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft erhalten und gefördert werden muß, in voller Ueberzeugung zu. Die Geschichte, die große Lehrmeisterin, zeigt, daß, solange die Deutschen sich gegen diesen Gedanken verschlossen haben, unser Vaterland ohnmächtig blieb, und daß immer erst ein Zusammenfassen aller Kräfte, die Einigung aller Stämme und Bevölkerungsschichten und das tatbereite Bewußtsein, daß wir ein einziges Volk sind und bleiben müssen, Deutschland zur Blüte gebracht und zur Erfüllung seiner Aufgaben befähigt hat.

Nach dem verlorenen Krieg leben wir in einer Zeit des Niedergangs, den abzumenden nicht ganz in unserer Macht liegt. Aber gerade deshalb haben wir uns und unseren Kindern gegenüber die Pflicht, alle Kräfte im Volk zu wecken, sie zusammenzufassen und vereint den Weg zur Freiheit zu suchen. Mit Ihnen bin ich der festen Ueberzeugung, daß wir zu einer Gesundung und Wiedererstarkung nur kommen, wenn die einigenden Faktoren über die auseinanderzirehenden siegen, wenn wir unbeschadet der Weltanschauung und der politischen Grundidee mehr als bisher uns in allen Lebensfragen der Nation zusammenfinden, denn wir sind in erster Linie auf uns selbst gestellt und müssen daher auf uns selbst und aufeinander vertrauen.

Die Forderung, daß Gemeinliche über das Trennende zu sehen, mag von den Parteien wie von den einzelnen ein gewisses Maß der Selbstverleugnung verlangen; aber die Zeiten sind ernst, und es müssen Opfer gebracht werden. Wir alle erstreben ja dasselbe Ziel, die Wiederaufrichtung des Vaterlandes. Darum begrüße ich Ihr Schreiben und verbinde mich mit Ihnen gern zu dem Ruf an alle, die auf diesem Boden stehen, kräftig für den Gedanken der Schicksalsgemeinschaft und der Volkseinheit einzutreten. gez. Ebert, Reichspräsident.

Reaktionäre Kleinstaaterei.

Zur bayerischen Denkschrift.

Die bayerische Denkschrift über die föderalistische Umgestaltung des Reichs scheucht Geipenster aus ihren Gräbern auf. Das ganze Gland der deutschen Zerrissenheit, das sie wieder herbeiführen will, wird in der Erinnerung wieder lebendig. Lebendig aber wird auch die Erinnerung daran, daß es revolutionäre Kräfte waren, die zur deutschen Einigung drängten. In der Zeit der Karlsbader Beschlüsse war der deutsche Patriot nicht minder polizeiverdächtig als später der Sozialdemokrat. Die Erhebung von 1848 brachte die ersten Ansätze zur Wiederherstellung eines Deutschen Reichs, sie wurden von der Konterrevolution wieder zerschlagen. Die freiheitlich gesinnten Elemente des deutschen Volkes aber gaben die Idee nicht auf, und aus dem Boden der großdeutschen Demokratie entwickelte sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Bismarck schuf eine Verbindung zwischen Ideal und Wirklichkeit, indem er der Demokratie einen einflußlosen Reichstag des gleichen Wahlrechts konzidierte, die tatsächliche Macht aber auf das hohenzollernsche Kaiserthum übertrug. Das Reich wurde aus dem Sieg einer dynastischen Hausmacht.

Diese Bismarcksche Improvisation ist im Kriege entstanden, sie ist aber im ersten Krieg danach wieder zusammengebrochen. Sie hat ihre weltgeschichtliche Probe nicht bestanden. Das muß ausgesprochen werden in dem Augenblicke, in dem die bayerische Regierung nach der Rückkehr zur Bismarckschen Verfassung ruft. Mit der Dolchstoß-Legende kommt man gegen diese Feststellung nicht auf. Denn wäre der Panzer fest gewesen, dann hätte der angeblühte Dolchstoß eben nicht glücken können.

Es muß in diesem Zusammenhang aber auch noch an etwas anderes erinnert werden. Der bayerischen Regierung erscheint bei der Wiederaufrichtung des Bismarckschen Reichsgebäudes als krönender „Schlußstein“ die Rückkehr des „angestammten Herrscherhauses“. Dieses angestammte Herrscherhaus war aber nicht nur in dem gleichen Maß reichsfeindlich wie die übrigen um ihre Kronen besorgten Dynastien, sondern hatte ihnen darin noch einiges voraus. Für die Verdienste, die es sich an Frankreich gegen Deutschland erworben hatte, erhielt es von Frankreich die Königskrone, und der Einigung fügte es sich erst, nachdem seine Truppen von Bismarcks Truppen im Felde geschlagen worden waren. Man mag über Bismarck denken, wie man will; daß er gerade vor dem Triumphwagen gespannt werden soll, mit dem ein Wittelsbacher zur neuen Krönung auffahren will, hat er am wenigsten verdient.

Die Einigung Deutschlands, selbst in der unvollkommenen Form, wie sie von Bismarck vollzogen wurde, war nicht möglich gewesen, ohne daß ein paar Dynastien geschlagen und einige von ihnen davongejagt wurden. Aber auch dieses gezielte Deutschland ging dann wieder zugrunde an seinen ihm verbliebenen Dynastien. Welche Figur der dritte und letzte Inhaber des neuen deutschen Kaiserthrons gemacht hat, darüber braucht kein Wort mehr verloren werden — wenigstens in diesem Punkt befehlt heute mehr oder weniger vollständige Einigkeit. Aber war unter den 21 übergen regierenden Fürsten Deutschlands auch nur ein einziger Mann, der die Einsicht und den Mut besaß, diesem Unheil entgegenzutreten? Sie alle sahen warm auf ihrem Thronlein und dachten nicht an das Wohl des Reiches. Als es zu Ende war, liefen sie davon.

Nicht bei ihnen war die reichserhaltende Kraft, sie war beim Volke. Aus den Trümmern wurde die deutsche Republik aufgebaut, die leider noch viel zu sehr Rücksicht nahm auf „historische Individualitäten“, die viel zu wenig mit der Kleinstaaterei aufräumte, die alle Jahrhunderte hindurch das Gland Deutschlands gewesen war. Zweihundzwanzig Dynastien sind verschwunden, aber in neunzehn Völkern und Völkchen ist man auf Erhaltung der historischen Eigenart bedacht und spielt dort parlamentarisches System.

Volkreiche Städte und Provinzen können von Magistraten oder Oberpräsidenten verwaltet werden. Neunzehn Länder und Völkchen müssen eine parlamentarische Regierung haben aus dem einzigen Grunde, weil sie bis vor fünf Jahren von irgendeinem Serenissimus patriarchalisch regiert worden sind. Aus dieser Nichtübereinstimmung der überkommenen Verhältnisse mit den Notwendigkeiten der Gegenwart erklärt sich ein nicht geringer Teil der staatlichen Wirren, die wir in der letzten Zeit erleben mußten.

Die Verfassung von Weimar hat gleichwohl — und das muß ihr als das größte Verdienst angerechnet werden — die Reichsgewalt gestärkt. Wer diesen Fortschritt wieder rückgängig machen will, mag er noch so sehr mit nationalen Phrasen herumwerfen, er handelt in Wahrheit antinational. Denn Deutschlands Einheit ist, wie die Geschichte lehrt, im Gegensatz zur Einheit Frankreichs, ein zerbrochenes Gebilde, das starke Klammern braucht. Wer diese Klammern zu lockern verucht, handelt im Dienste von Interessen, die denen der Nation entgegengesetzt sind.

Fort mit dem Ausnahmezustand!

Sagt Hieber; aber Gessler sagt Nein!

Als der „Vorwärts“ vor einiger Zeit erneut eindringlich die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der in Deutschland sinn- und zwecklos geworden ist, verlangte, meinte das „Berliner Tageblatt“, es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Forderung nach Aufhebung des Ausnahmezustandes keine sozialdemokratische Parteifache werde. Auch andere als sozialdemokratische Kreise müßten sich für diese durchaus berechtigte Forderung einsetzen. Jetzt hat nach einem Bericht desselben Tageblattes auf dem schwäbischen Demokratentag der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber in seinem Hauptreferat ebenfalls die Frage des Ausnahmezustandes gestreift. Ganz im Gegensatz zu den bayerischen Politikern trat Hieber warm für die Einheit des Reiches ein und lehnte die Forderungen der bayerischen Denkschrift auf Revision der Weimarer Verfassung deutlich ab. Er meinte, daß der Reichsweheminister den Belagerungszustand für Württemberg schon heute oder morgen aufzuheben könne, ohne damit irgendwelche Gefahr heraufzubeschwören. Nach ihm sprach der Reichsweheminister Dr. Gessler. Er scheint wesentlich anderer Meinung zu sein. Seine Behauptung, daß der Putz in Sachsen viel zielbewußter organisiert gewesen sei als in München, muß selbst vom „Berliner Tageblatt“ mit einem Fragezeichen versehen werden. Der Ausnahmezustand kann nach Dr. Gessler noch nicht aufgehoben werden, nicht einmal in Württemberg. Er, der Reichsweheminister, müsse „vorläufig noch beobachten!“ Gessler stellt sich damit in Gegensatz nicht nur zu der Meinung seines parteigenössischen Mitredners auf der schwäbischen Demokratentagung. Es ist bekannt, daß viel weiter rechts stehende Politiker, nicht nur aus den Reihen der Demokraten und des Zentrums, sondern auch aus den Reihen der Volkspartei der Ueberzeugung sind, daß der Ausnahmezustand nicht als Idealzustand, sondern als Ausnahmezustand angesehen werden muß, und daß er mindestens, nachdem einigermaßen eine Stabilisierung erfolgt ist, aufgehoben werden kann. Auch die Regelung der sächsischen Verhältnisse hat die Anhänger dieser Auffassung in den bürgerlichen Mittelparteien verstärkt. Die Forderung, in die sich Herr Dr. Gessler mit seiner Begeisterung für ein militärisches Dauerregiment hineinmantiert, ist nicht gerade glänzend. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls nicht müde werden, die Befestigung des Ausnahmezustandes solange zu verlangen, bis ihre Forderung erfüllt ist.

Seider — und das droht zum Verhängnis zu werden — sieht dem Reich die Egelutide. Will es sie sich verschaffen, so ist es genötigt, zur Reichswehr zu greifen. Die Reichswehr aber ist in ihrem Wesen eine verfeinerte Fortsetzung der alten Armee, vom Geist der neuen Zeit hat sie kaum einen Hauch verspürt. Daraus erklärt es sich, daß sie sich in Sachsen und Thüringen mit schädlichem Uebermaß auf die Aufgabe stürzte, zwei im vorwärtlichen Sinn „staatsfeindlichen“ Regierungen den Garau zu machen, daß sie aber zugleich in Bayern für eine reaktionäre Landesregierung meuterte.

Was wir in Sachsen und Thüringen erlebt haben, ist ein militärisch betonter Erzech des Militarismus. Und da ergibt sich ein neuer merkwürdiger Gegensatz: Während die Militaristen diesen Erzech verurteilen, sind es die „Föderalisten“, die ihn bejubeln, ja, die ihn geradezu angeflüstet haben. Klarer kann gar nicht der Beweis dafür erbracht werden, daß es diesen Föderalisten gar nicht darauf ankommt, bestimmte Grundzüge staatlicher Gliederung in der Reichsverfassung zur Geltung zu bringen, sondern daß von ihnen das föderalistische Prinzip nur vorgeschoben wird zur Förderung ihrer Nachstrebungen und Sonderinteressen.

Indem die gegenwärtigen Nachhahrer Bayerns dem Reich den Gehorsam aufgeben und die bayerischen Reichswehrteile zur Gehorsamsverweigerung verleiten, taten sie einen ersten Schlag gegen das Reich. In ihrer Denkschrift entwickeln sie den Plan, wie die's Zerstörungswerk vollendet werden kann. Rügen sie noch so sehr mit ihrer angeblichen Reichstreue prunken, auch für sie gilt, was einst Chlodwig Hohenlohe von den preußischen Branden gesagt hat: „... Diese Herren pfeifen auf das Reich.“

Das Reich wäre verloren, wenn nicht die breiten arbeitenden Massen, die internationalen, die vaterlandslosen, reichstreu bis auf die Knochen wären. Sie bleiben es, obwohl man den unverzeihlichen Fehler begangen hat, ihnen in Sachsen und Thüringen den Reichsgedanken auf der Spitze der Bajonette entgegenzubringen, aber sie stellen sich die Bewirkung des Reichsgedankens allerdings anders vor. Sie wünschen, sie zu entmilitarisieren und zu demokratisieren. Der Blöde der Stammesgenart und der Selbstverwaltung, der demokratischen Gliederung des Reiches steht eine wohlverstandene Reichseinheit keineswegs im Wege. Aber diese Reichseinheit ist notwendig, wenn Deutschland seine arbeitenden Menschen ernähren und als Volk unter den Völkern der Welt bestehen soll.

Wir Sozialisten sind nicht nur im guten Sinne des Wortes national, sondern auch international. Wir wollen ein einiges Europa. Dieses aber ist nicht möglich ohne ein einiges Deutschland!

Gegen Bayerns Föderalismus.

München, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Verfassungsausschuß des Landtags gab Abg. Dr. Dier (Dem.) im Auftrage seiner Fraktion folgende Erklärung ab: „Die bayerische Regierung hat in einer ausführlichen Denkschrift die Forderung aufgestellt, daß die Reichsverfassung und damit die Landesverfassung grundlegend geändert werden sollen. Die Denkschrift ist veröffentlicht, ohne daß der Landtag von ihr Kenntnis bekommen hätte, und gleichzeitig auch dem Reichskabinett übergeben, also zum Gegenstand eines amtlichen diplomatischen Schrittes bei der Reichsregierung gemacht worden. Wie verfaßt, wird diese bald mit den Forderungen und Vorschlägen der bayerischen Regierung sich befassen. Es erscheint bedauerlich, daß die schwerwiegende politische Mission, welche die Grundfragen des bayerischen und deutschen Staatslebens nach innen und außen aufs stärkste berührt, unternommen wurde, ohne daß der Landtag davon rechtzeitig in Kenntnis gesetzt wurde. Wir müssen verlangen, daß die Staatsregierung schnellstens mit der Volksvertretung in eine Aussprache über diesen Schritt und den Inhalt der Denkschrift eintritt.“

Reichspräsident Ebert.

Die Bahn eines Arbeiterführers.

Ueber einen Mitlebenden Geschichte schreiben, ist ein eigen Ding. Besonders wenn der Gegenstand der Betrachtung noch mitten im lebenden Leben steht, noch handelnd in die Geschicke eingreift und deshalb mehrfachen Anlaß gibt, das einmal gewonnene Urteil wieder zu überprüfen.

Ein solcher Mann ist Friedrich Ebert, der erste Präsident der Deutschen Republik, ein im Parteileben aufgewachsenes und hoch selbst gefaltetes Glied der großen sozialistischen Gemeinde. Die Reaktionen haben anfangs ihre dümmsten Kläffer auf ihn gehegt. Und was an Niedertracht und Bosheit erfunden werden konnte, das hat diese Gesellschaft an dem ersten Repräsentanten des neuen Staates verspürt. In den letzten Jahren ist der etwende Kläffer ein wenig verstummt, der unmitttelbar nach der Revolution üblich geworden war. Die bürgerlichen Parteiführer, die dem Reichspräsidenten näher traten, haben seine hohe politische Begabung, seine unbedingbare Sachlichkeit kennen gelernt. Und mit der näheren Fühlungnahme stieg ihre Achtung vor dem Manne, der aus dem Proletariat gekommen und in schwersten Zeiten an die Spitze des Staates gestellt worden war.

Was aber wissen seine Klassengenossen von Friedrich Ebert? Die Menge der Parteifreunde, der ehemaligen Berufskameraden und das große Heer der Jugendlichen, deren Führer Ebert einst gewesen? Im Parteiverband hat man schon zum zweiten Male versucht, den „Kollegen Friedrich Ebert, Mitgliedsnummer 10 und 10“ aus der Kampfgemeinschaft auszuschließen. In der Sozialdemokratischen Partei sind ähnliche Regungen schon aufgetaucht. Aber diese Anträge sind nur möglich bei solchen, denen Eberts Wirken in den proletarischen Reihen schon so fern liegt, daß sie von ihm nicht mehr wissen, als der neue Pharaos vom alten Joseph.

Nun hat Genosse Paul Kampffmeyer den dankenswerten Versuch unternommen, der sozialistischen und der bürgerlichen Welt ein Lebensbild von Friedrich Ebert zu vermitteln. Die Schrift, im Verlag für Sozialwissenschaft vor wenigen Tagen erschienen, ist nur 84 Seiten stark. Aber sie ist in mehr als einer Hinsicht des Lesens und der Heften Betrachtung wert. In dieser kurze biographische Abriss doch unversehens zu einem Stück Kulturgeschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland geworden. Denn Friedrich Ebert, der junge Sattler aus Heidesberg, geriet in die Arbeiterbewegung, in ihr wuchs er und aus ihr zog er die beste politische und organisatorische Erfahrung. Seine Arbeit und sein Wirken zu schildern, heißt gleichzeitig die quellende Kraft der sozialistischen Bewegung selber darstellen, ihre Zusammenhänge mit den übrigen Erscheinungen des öffentlichen Lebens, oder auch ihre Besonderheiten, die nur den wenigsten unter ihren Gegnern bekannt sind. Wer wird nicht mit hohem Interesse diese Schilderung Kampffmeyers aus dem Frankfurter Arbeitersekretariat lesen, in dem er selbst lange Jahre gewirkt hat?

Friedrich Ebert wurde im März 1900 in Bremen auf den Posten eines Arbeitersekretärs gestellt. Es spricht für die Gründlichkeit dieses Mannes, daß er sich sofort persönlich auf einer Streifenreise durch Deutschland in die weitverzweigten und schwelgerischen Geschäfte eines Arbeitersekretärs einfügen ließ. So verweilte

Reaktionäre Enttäuschung.

Ueber Sachsen.

Wie sehr die Kommunisten und ihre verbündeten Nachläufer die Geschäfte der Reaktion betreiben, zeigt die Enttäuschung der deutschnational-reaktionären Presse über die Entwicklung in Sachsen. Die ganze Hoffnung aller Restaurationspolitiker ging dahin, daß es gelingen werde, auf dem Umweg über kommunistische Radikalisierung die Sozialdemokratie aus der sächsischen Regierung hinauszu drängen. Die Neuwahlen in Sachsen, die Bildung eines Bürgerblocks gegen die Arbeiterchaft wären dazu nur eine Stappe gewesen. Gelang der Plan für Sachsen, dann stiegen die Aussichten für Preußen, denn in der Beherrschung des preussischen Innenministeriums konzentriert sich für die deutschnationalen Machtpolitiker das ganze Ziel ihrer Sehnsucht. Eine maßlose Wut spricht aus der Kommentierung der Ergebnisse des sächsischen Landestages und der Haltung der sächsischen Landtagsfraktion. Die Vorkämpfung der sächsischen Politik vom kommunistischen Einfluß ist unter dem Gesichtspunkt der Reichspolitik gesehen, ein schwerer Schlag für die Hoffnungen der Reaktion. „Kreuz-Zeitung“, „Deutsche Zeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Votal-Anzeiger“ sind sich ausgesprochen und unausgesprochen darüber vollkommen einig: der Feind, den sie bekämpfen, das ist der verfassungsmäßige Einfluß der Arbeiterchaft auf die Verwaltung, ihre Beteiligung an der Regierung, ihre wirtschaftliche, soziale und politische Gleichberechtigung im neuen Deutschland. Die Erregung der Massen über die Wirtschaftskatastrophe hofften sie für ihre Zwecke ausnützen zu können. Gegen die Arbeiterchaft, die auf dem Boden der Verfassung kämpft, sind sie — wie sie sehr genau wissen — ohnmächtig. Gegen kommunistisch beeinflusste Massen gibt es Reichswehr und Polizei genug. Am größten ist die Wut der Reaktionäre natürlich über die bürgerlichen Mittelparteien, die durch ihre Taktik angeblich den sozialdemokratischen Einfluß aufrechterhalten haben sollen. Die „Kreuz-Zeitung“ stellt der Deutschen Volkspartei sehr kräftig die Leviten und gibt ihr zu verstehen, daß sie bei den Wahlen ihren Verrat am deutschnationalen Prinzip des Bürgerblocks werde büßen müssen. In Sachsen bereitet sich also eine ähnliche Konstellation wie in Preußen vor. Der gemäßigtere Teil des Bürgertums wird in Kampfstellung gegen die Deutschnationalen gedrängt, die ihre Hoffnung auf Wiederkehr wilhelminischer Verhältnisse nicht aufgeben wollen und können.

Warum Geld bleiben muß.

Dresden, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie hat bekanntlich beschlossen, daß der am 4. Januar vom Landtag gewählte Ministerpräsident Held zurücktreten soll. Ministerpräsident Held ist wie amtlich mitgeteilt wird, nicht in der Lage, diesem Beschluß Rechnung zu tragen. Nach Artikel 27 der Verfassung hat lediglich der Landtag über das Verbleiben eines Ministers im Amte zu bestimmen. Wollte Ministerpräsident Held von sich aus zurücktreten, noch ehe die neue Regierung vollständig gebildet worden ist, so würde eine Unterbrechung der Regierungsgeschäfte eintreten, für die er nicht die Verantwortung tragen kann.

Hierzu erfahren wir von besonderer Seite noch folgendes: „Die Durchführung des Parteitagsbeschlusses, der den Rücktritt des Ministerpräsidenten fordert, ist eine Unmöglichkeit. Nach der Verfassung würde bis zur Neuwahl einer Regierung die bisherige Regierung die Regierungsgeschäfte als geschäftsführendes Kabinett weiterführen. Ein Kabinett ist aber noch gar nicht vorhanden, sondern lediglich der Ministerpräsident. Würde der Ministerpräsident zurücktreten, so wäre überhaupt keine Regierung in Sachsen vorhanden. Es müßte, wenn notwendig, das Reich für die Bildung einer verantwortlichen Regierung besorgt sein oder, da wir den Belagerungszustand haben, müßte die Militärbehörde die Regierung übernehmen. Daß die beiden vorgenannten Wege aber ungangbar sind

und zu einer furchtbaren Zerküftung des gesamten Volkes führen würden, dürfte ohne weiteres klar sein. Zu dem kommt, daß der Ministerpräsident vom Landtag gewählt und vereidigt worden ist. demzufolge nach der Verfassung auch bestimmte Pflichten hat, die durch einen Parteitagbeschuß nicht außer Kraft gesetzt werden können.“

Der ehemalige Ministerpräsident Feilisch hat dem Ministerpräsidenten Held am Montagmittag mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, das Wirtschaftsministerium in dem neuen Kabinett zu übernehmen.

Der organisierte Verrat.

Die ehemaligen Gewerkschaftsangehörigen, die sich in den Dienst Moskaus gestellt haben, wissen ebenso gut wie wir, daß die Untergrabung der Einheitlichkeit der freigewerkschaftlichen Gewerkschaftsbewegung ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterchaft ist. Der romantischen Generalkrieg und Weltrevolutionen, dem Parteianatismus seiner eisernen Apostel in der KPD, mag man allerlei zugute halten. Doch um die Tatsache, daß ehemalige Gewerkschaftsleiter systematisch Zwietracht in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder säen und das wuchernde Unkraut eis Erfolg ihres gemein schmachlichen Treibens preisen, kommen wir nicht herum. Die bewußte die Zerstörung der Gewerkschaften betreibenden Moskauer Angestellten haben jetzt die Organisation ihres Verrats an den Gewerkschaften abgeschlossen. Das ganze Gebilde wurde in der Nummer 51/52 des Korrespondenzblattes des ADGB. aufgedeckt.

In Berlin ist ein

Mitteleuropäisches Bureau (MEB.)

eingerrichtet, in dem 18 hauptamtlich tätige Sekretäre (Bonzen) als Industriegruppenleiter die künftige „Einheitsorganisation“ unter kommunistischem Protektorat vorbereiten. Außerdem ist bei der Reichsparteileitung und den Bezirksleitungen je eine „Abteilung Gewerkschaften“ angegliedert, die allesamt den Auftrag haben, in den Gewerkschaften Zellen und Fraktionen zu bilden, diese zusammenzufassen und ihre Handlungen zu kontrollieren. Dieses Bureau hat einen Reichsarbeitsauschuß der revolutionären Gewerkschaften gebildet, in dem die ausgeschlossenen Verbände der Bauarbeiter und Eisenbahner, die Union der Hand- und Kopfarbeiter, der Schiffahrt und die oppositionellen Rinderheilen (Fraktionen) der Gewerkschaften vereinigt sind. Das Präsidium des Reichsarbeitsauschusses (RAA) ist vertreten durch Walcher, Hedert, Bachmann (Bauarbeiter), Meyer (Union), Sabotta (Bergarbeiter).

Das Organisationsprogramm dieses „Reichsarbeitsauschusses“ enthält folgende Bestimmungen:

1. Alle revolutionären Gewerkschaften Deutschlands, die oppositionellen Rinderheilen in den reformistischen Gewerkschaften und die selbständigen revolutionären Verbände, die sich zu den Prinzipien der KPD bekennen, bilden ein gemeinsames Arbeitsamt: Reichsarbeitsauschuß der revolutionären Gewerkschaften (RAA).

2. Der RAA ist die Gesamtvertretung der Anhänger der KPD in Deutschland und die organisatorische Verbindungsstelle aller revolutionären Rinderheilen und selbständigen Organisationen mit dem Vollzugsbureau der KPD in Moskau.

3. Die Aufgaben des Reichsarbeitsauschusses bestehen in der einheitlichen Propaganda der Prinzipien und in der Durchführung der Beschlüsse der KPD (Roten Gewerkschafts-Internationale) in der deutschen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

4. Alle dem RAA angeschlossenen Rinderheilen und Organisationen sind verpflichtet, ihre gesamte Tätigkeit miteinander in Einklang zu bringen. Nach außen müssen alle revolutionären Gewerkschaften einheitlich auftreten. Um dieses Aufzutreten zu ermöglichen, muß der RAA zu allen wichtigen Fragen der ihm angehörenden Organe Stellung nehmen, alle Aktionen gründlich vorbereiten und deren Durchführung dauernd überwachen.

5. Dem Arbeitsauschuß liegt es auch ob, die innere Verwaltung, die Propaganda und sonstige Arbeit der ihm angeschlossenen Verbände ständig zu kontrollieren.

6. Der RAA ist die Sammel- und Uebermittlungsstelle der an die KPD, an den Internationalen Kampffonds und an die IPR, zu

er mehrere Tage im Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. ... Das Stück hochbewegten sozialen Dramas, das sich alljährlich in einem deutschen Arbeitersekretariat — mitunter direkt selbst erschütternd — abspielt, sprach da zu seinem stark sozial empfindenden Herzen. Rechtsuchende gingen in ununterbrochener Folge durch das Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. Wie interessierten den jungen werdenden Arbeitersekretär Ebert die einzelnen Typen des Klientels des Frankfurter Sekretariats! Von dem Lumpenproletariat an, dessen Sprossen oft in den dunklen Gassen Mi-Frankfurts eine ganz verkommenen Jugendzeitgenossen führten, bis zu den im beglücklichen Wohlstand lebenden Mittelklassen waren alle sozialen Gruppen unter den Schutzbefohlenen des Sekretariats vertreten. Wie schwierig war es oft, aus den zusammenhanglosen Angaben verunglückter Arbeiter ein klares Bild von ihren Betriebsunfällen zu gewinnen! Neben den zaghaft und bescheiden auftretenden Unfallverletzten trat mitunter der aufbegehrende Simulant, der bestimmte Verletzungen erlitten oder vorhandene groß übertrieb. Es gereicht der deutschen Arbeiterklasse zur Ehre, daß die Simulanten unter ihr selten sind. Es bedarf aber eines hohen Maßes von Menschheit und Sachkenntnis, um den Prozeß eines Unfallverletzten mit Aussicht auf Erfolg vor den rechtsprechenden Instanzen zu führen. Hatte ein Unfallverletzter das Sekretariat verlassen, so folgte ihm vielleicht eine Ehefrau auf dem Fuße, die ihr Recht gegen den pflichtvergessenen Schamann suchte, der sie betrogen hat und sie dabei hungrig und durstig läßt. In völliger Notzeit entfaltete sich im Sekretariat oft der niederdrückende Jammer proletarischer Ehen, das erschütternde Herzeleid verlassener, geschwängelter Mädchen, die grausige Not der unehelichen Kinder. ...

Das Arbeitersekretariat Bremen wurde für Ebert eine treffliche Schule für seinen politischen Beruf. Hier im Sekretariat fesselte alle Hüllen vom Menschen ab und ganz nackt stand dieser da im hellen Tageslicht. Wie oft wird der Proletarier künstlich von Beuten konstruiert, die ihre ganze Kenntnis vom proletarischen Hinterhaus aus einigen grautheoretischen Worten, einigen statistischen iracunden Tabellen und einigen verstiegenen Romanen gezogen haben? ... Das Arbeitersekretariat erzieht trefflich zur klaren Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse, da es mitten in das bewegte Leben selbst gestellt ist. Tausende von Hilfesuchenden öffnen ihre Herzen den Arbeitersekretären, und diese bilden in das vielverschlungene Netz menschlicher Beweggründe. Sie leben die engen Zusammenhänge von Not und Verbrechen, von Gend und Entartung, und sie haben greifbar die Ursachen der sozialen Missetatungen vor Augen, die unsere Gesetzgebung zu gesellschaftlichen Eingriffen drängt. Kein Wunder, daß der erprobte, vom sozialen Leben erprobte Arbeitersekretär zum Gesetzgeber berufen ist.“

Friedrich Ebert hat das Proletariat nicht erst im Arbeitersekretariat entdeckt. Er hatte ja schon jahrelang mitten im proletarischen Existenz- und Emanzipationskampf gestanden, bevor er das Arbeitersekretariat betrat. Aber für die Beurteilung der Arbeiterfragen in ihrer Gesamtheit bot seine Arbeit in der Auskunfts- und Beratungsstelle reichlichen Stoff. Kritische Sachlichkeit, die doch von warmem Mitleid getragen ist, kann sich in solcher Schule voll entfalten. Daß sie in hervorragendem Maße unserem Ebert eignet, daß sie ihm und unserer ganzen Bewegung in oft verzweifelten

Dagen die besten Dienste geleistet, das ist in dem Lebensbild Eberts von Kampfmeyer liebedeul und doch nicht unrichtig in scharfen Konturen umrissen.

Franz Richs.

„Sachen links!“

Die erste Nummer des neuen sozialistisch-republikanischen Blattes „Sachen links“ erscheint in dieser Woche. Sie bringt u. a. künstlerische, literarische und satirische Beiträge von H. Bauckhede, H. Zille, Karl Holz, H. Kelling, Arno Holz, Paul Jess, Friedrich Wendel, Mich. von Lindenheiden usw. Das Programm des neuen Blattes hat der leitende Redakteur, Genosse Erich Kuttner, in folgenden Worten zu klarem Ausdruck gebracht:

Wir können einmal lachen, ein verschollener Klang...

Democh: Trübsal bloßen ist aller Boller Anfang!

Wenn dasmal aus dem rechten Reichslagged

Schnurrbartgestraubt ein monolithischer Ged

Luffsnarnte, um mit Unteralltären

Seinen Hohlkopf nach außen zu projizieren, —

Als Echo las dann das Volk im Verichte

Schmunzeln rings:

(Sachen links).

Auch dies Sachen machte Geschichte!

Wirklich, Freunde, wir wären verrückt

Bei abuntertänigstem Respekt

Vor Majestäten, Kaiser und Thron

Ohne die zwerchfellerstüttende Abreaktion.

Wir hätten im Eck ersticken müssen,

Uns verzweifelnd die Finger zerkauten müssen,

Wir als Erleichterung nicht aufgestiegen

— Selten verging's —

Sachen links!

Auch dies Sachen half uns siegen!

Das Sachen tadel heut nicht mehr — gemiß;

Sonst lähen sie längst im tiefsten Verächiß.

Die Hittlerische, die Herferrische,

Die Wilhelm's und Eitel-Schleberische.

Doch mir wolten deshalb nicht stumm sein,

In jeder Antwort soll Wih und Mumm sein;

Ein fröhliches Glucksen der Geistesstarke

Hellauf spring's,

Sachen links!

Auch dies Sachen ist eine Waffe.

Eine Waffe. Die erste, doch nicht die letzte.

Wer sich geniehend nur hier ergabte,

Hat nicht den Sinn unfres Tuns begriffen,

Alpen gepist heißt hier: gepiffen!

Heiterkeit soll dir die See's reinigen,

Doch mit des Bollens Ernst sich vereinigen.

Schneif dein Schwert bei des Sackens Ruffit,

Doch dann schwing's!

Hiebe links!

In Staub die Feinde der Republik!

Bestellungen auf „Sachen links“ können bei allen Zeitungs- frauen und Vorwärtsausgaben aufgegeben werden.

entsprechenden Beiträge. Alle an die Anstalten der KAS gerichteten Beiträge werden durch den KAZ weitergeleitet.

7. Der KAZ hat die zentrale Zeitung aller gemeinsamen Aktionen der revolutionären Gewerkschafter.

8. Die revolutionären Gewerkschafter haben sich in allen Delegationsstellen zu festen miteinander arbeitenden Fraktionen (rote Fraktionen) zusammenzuschließen. Diese Fraktionen werden im Rahmen der Verbände bzw. Industriegruppen im Reichsmaßstab vereinigt. Neben der Zusammenfassung in Reichsfraktionen noch Verbänden und Industriegruppen sind alle revolutionären Gewerkschaften örtlich und bezüglich in rote Karteile zu vereinigen.

9. Der KAZ wird gebildet aus den Delegierten der unabhängigen Organisationen und der Opposition in den reformistischen Gewerkschaften.

(Folgt Regelung des Vertretungsrechts.)

Ziffer 10 regelt die Sitzungen des KAZ, die alle vier Wochen abgehalten werden, Ziffer 11 die Zeitung des KAZ, der seinen Sitz in Berlin hat und Ziffer 12 seine Mitteilungen und Publikationen.

13. Zur Finanzierung des KAZ werden von allen Organisationen und Gruppen Beiträge im Umlageverfahren erhoben, deren Höhe von Monat zu Monat festgelegt wird.

*

„Die „oppositionellen“ Gewerkschaftsmitglieder — meint das „Korrespondenzblatt“ — werden nicht wenig erstaunt sein, wenn sie erfahren, daß sie doppelt organisiert und nach zwei grundverschiedenen gewerkschaftlichen Programmen dirigiert werden. Der Reichsarbeitsausschuß untersteht den Weisungen der Parteizentrale. So nimmt es durchaus nicht Wunder, wenn in den gewerkschaftlichen Zusammenkünften die kommunistischen Parteiparolen mit praktischer Gewerkschaftsarbeit einen ständigen Kampf führen.

Die zahlreichen, von Moskau ausgehenden Sekretäre müssen nun für die Herstellung der „Einheitsfront“, wie sie sie aufstellen, arbeiten. Das geschieht in der Weise, daß allerlei Konferenzen der freigewerkschaftlichen Ortsausschüsse sowie der kommunistischen Fraktionsvorstände in den Gewerkschaften einberufen werden, in denen dann Bericht erstattet wird über die „erfolgreiche Spaltungsarbeit“ und die Verdienste der reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie „gezeigt“ wird.

„Eine solche Bewegung, die an die Stelle des gegenseitigen Vertrauens schärfstes Mißtrauen setzt, List und Lüge als Kampfmittel fordert zur gegenseitigen Bekämpfung der Arbeiter, muß die Arbeiter von Niederlage zu Niederlage führen, sie hat in Frankreich und Italien die Organisationen und damit die Macht der Arbeiter beraubt zerstört.“

Die Moskauer Geldgeber drängen auf größere Erfolge ihrer Berliner Satrapien, und deshalb ließ man die Konferenz der Ortsausschüsse nach Weimar bzw. Erfurt einberufen, wozu die Einladungen, mit gefälschten Unterschriften nichtkommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre versehen, verschickt wurden. Das Parteizentrum der KPD wird, wie bereits angekündigt, die Einberufung eines deutschen Gewerkschaftskongresses verfügen und auch dafür die erforderlichen Rubel zur Verfügung stellen, lediglich um die Gewerkschaften sturmreif zu machen und die neue sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsbewegung aus der Taufe zu heben.

Den Gewerkschaften wird schließlich nichts weiter übrig bleiben, als die Eiterbeule, die an ihrem Körper schwärzt und an ihren Kräften zehrt, gründlich zu heilen. Zumal in den gegenwärtigen Abwehrkämpfen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und die Verkürzung der Löhne muß die Arbeitermehrschaft einig zusammenstehen. Die Gewerkschaftspalter sind Feinde der Gewerkschaften und müssen als solche erkannt und behandelt werden.

In der Stuttgarter Kommunistenaffäre wird mitgeteilt, daß der Reichstagsabgeordnete Bary dem Amtsgericht zugeführt wurde, weil er als Kurier der illegalen KPD-Zentrale belastendes Material mit sich führte. Nach Abschluß der notwendigen Erhebungen wurde er jedoch im Laufe des Monats wieder auf freien Fuß gesetzt, da eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr als vorliegend erachtet wurde. Das Gerichtsverfahren nimmt seinen Fortgang.

Opfische Täuschungen im arktischen Nebel. Ueber wertwürdige Jagdbeute, die er bei seinen Wirschfahrten auf Spitzbergen erbeute, weiß ein italienischer Jäger zu berichten. „An einem schönen Augusttag“, erzählt er, „landeten wir in einer verlorenen Bai und betreten eine schneebedeckte Ebene, die eine der besten Wildplätze von Spitzbergen, das beste Terrain für die Renntierjagd, darstellte. Von der Höhe eines die Gegend beherrschenden Hügel aus suchten wir den Horizont ab, wo die mich begleitenden Ruderer denn auch bald zwei schwarze Punkte entdeckten. Es waren Renntiere, die auf uns zukamen, was uns bestimmte, zu Seinen zu erstarren, d. h. uns so zu arrangieren, daß wir den Eindruck einer Felsgruppe machten. Raum hatten die Renntiere die unbeweglich schwarze Masse gesichtet, als sie direkt auf uns zutrabten. Sie sind außerordentlich neugierig und nähern sich beim Anblick eines Menschen vertrauensvoll, um das sonderbare Ding, das sich ihren Augen bietet, näher in Augenschein zu nehmen. Als die Renntiere in Schussweite herangekommen waren, eröffneten wir das Feuer und setzten unseren Weg nach der Stelle fort, wo die Tiere gefallen waren. Mäßig zog der Nebel einen kalten und unburchbringlichen Schleier über die Sonne; einen Schleier, durch den hindurch das Schreckbild einer gewaltigen Masse sichtbar wurde. Ein Bär! Im Handumdrehen sind die Felsen wieder gefallen, aber die Bestie, die zweifelloß Witterung bekommen hatte, schüchelte mit gewaltigen Sprüngen, die bei einem Sohlengänger überzähnen mühten. Da zerbrach ein leichter Windstoß den Nebelschleier, und der Bär veränderte sich wieder zum Renntier. Sind wir denn im Jauherlande? Wir nehmen das Tier aufs Korn und geben Feuer, aber statt des Renntieres, auf das wir gezielt hatten, fällt eine große Wölfe! Der Nebel bringt eben in den Polarländern die merkwürdigsten Augenwischungen hervor. Der Kopf eines schwimmenden Seehundes, der auf der Oberfläche des Meeres auftaucht, gewinnt den Eindruck einer bergigen Insel und ein weißer Stein inmitten der eben Fläche täuscht dem Auge eine unendliche Schneefeld vor.“

Falkenhöhle. Die heute, Dienstag, in der Falkenhöhle, Theater am Schloßplatz, stattfindende Aufführung von „Don Carlos“ beginnt bereits um 6 1/2 Uhr.

Oper am Königsplatz. Für die Rückbeförderung der Besucher der Oper am Königsplatz wie des Kroll-Theaters, die ab heute bis auf weiteres zum Schluß der Vorstellungen am Sonder-Ausweise zum Fahrt nach Calenbergs-Charlottenburg, Schönberg-Friedenau und Neufeld in bereitgestellt.

Der Berliner Volkschor verlegt sein Rehearsal bis auf weiteres in das Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34/36, dicht beim Bahnhof Friedrichstraße. Die Proben finden jeden Freitag von 8-10 Uhr statt.

Zwei Chiffrierverträge über „Spanische Materie“ hält Dr. C. Grunow auf Einladung der Politischen G. u. A. am Sonnabend, den 12. und Sonntag, den 13. Januar, im großen Saal der Kunstgewerbebeschule, Genslerstraße, 7a, einladend für jeden Vortrag 30 Pf.

In der Galerie Ferdinand Müller, Volkshaus Str. 134a, zeigt Partei Schmalenberger im Januar neue Gemälde und Skulpturen aus Gallien.

Der Hilfsbund für deutsche Kunstfreunde, dem vom Kultusminister der Reichsregierung, als Beihilfe für Kunst für eine Anzahl von Konzerten zur Verfügung gestellt wurde, veranstaltet am 18. Januar sein erstes Konzert in der Volkshaus-Schule. Es gelangen ausschließlich Kompositionen von Ludwig Weber-Kürnberg zur Aufführung. Die Werke werden durch den Reigen Chorverein aus Nürnberg unter Leitung seines Dirigenten Herrleier zu Gehör gebracht, außerdem wirken das Quartett und mehrere Solisten mit.

Zensur-Erinnerungen.

Was hat es genützt?

Vielleicht ist folgende Erinnerung zeitgemäß: Während des Krieges gab einmal — zu Beginn des Jahres 1917 — die Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes ein Sammelbuch über die erlassenen Zensurverfügungen heraus. Beim Durchblättern dieser etwas über Gebühr in Vergegenwärtigung geratener Schrift findet man Texte wie die folgenden:

Befürchtungen:

Alles vermeiden, was im Inland unbegründete Befürchtungen oder Niedergeschlagenheit erwecken könnte.

Also Befürchtungen dürfen nicht erweckt werden, und wer etwa sich an das Wort „unbegründete“ klammert, den könnte der nachstehende Absatz aus dem Zensurbuch über den wahren Sinn der Anordnung belehren:

Medizinische Fragen:

Medizinische Abhandlungen, welche die Bevölkerung beruhigen, dürfen nicht veröffentlicht werden.

Das bezog sich natürlich in erster Linie auf Veröffentlichungen über die verheerenden gesundheitlichen Folgen der Hungerblockade. — Aber noch aktueller mutet ein vertraulicher Erlaß des Kriegspresseamtes an die Presse an, der diesen Wortlaut hat:

Im Auftrag des Reichsbanddirektoriums wird dringend ersucht, den heute beginnenden Veröffentlichungen der Deutschen keine früheren Notierungen aus der Zeit vor dem Kriege zu Vergleichszwecken hinzuzufügen.

Niemand wird behaupten wollen, daß durch diese weise Anordnung der Bevölkerung das Sinken des Marktkurses unbekannt geblieben ist oder daß diese Geheimhaltung überhaupt das Sinken hat verhindern können. Als Ende 1918 die Katastrophe eintrat und, wie der Admiral von Scheer es einmal ausgedrückt hat, „bei dem unerwarteten Eingeständnis der Niederlage das Volk aus allen Himmeln stürzte“, da war sich freilich alles darüber einig, daß man besser beizzeiten die Wahrheit zugelassen und dem Volk den Ernst der Lage klargemacht hätte.

Warum erinnern wir heute daran? Wir glauben, daß die Warnung an den Finanzschriftsteller Calmer wegen seiner ungünstigen Beurteilung der Rentenmarktentwicklung auch heute die Frage nahelegt, ob eine Regierung klug daran tut, eine freimütige Kritik an der Lage und an ihren Maßnahmen zu unterbinden und es wiederum darauf ankommen zu lassen, daß bei irgendeiner Gelegenheit neuerdings „das Volk aus allen Himmeln stürzt“. Das Vorbild der Kriegszensur sollte hier als Warnung dienen und immer wieder den verantwortlichen Stellen zum Bewußtsein bringen, daß weise Regierungskunst nicht in der Unterdrückung aller ungünstigen Nachrichten besteht, sondern in der rechtzeitigen Vorbereitung des Volks auf schwere Situationen, selbst wenn diese glücklicherweise später nicht eintreten sollten. So wie die englische Regierung während des ganzen Krieges ihre Bevölkerung immer nur auf den Ernst der Lage hingewiesen — und dann den Krieg gewonnen hat.

Militärische Versammlungsverbote.

Eine Verächtigung.

Wir erhalten folgende Verächtigung:

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes erlaube ich Sie um Aufnahme folgender Erklärung:

Die Behauptung der Meldung „Sozialdemokraten rechtlos“ in Nr. 606, des Wehrkreiskommando in Münster „unterdrücke nun auch Mitgliederversammlungen“ der sozialdemokratischen Partei, ist un wahr.

Der Sachverhalt ist folgender:

Der Befehlshaber in Münster hat lediglich mehrere öffentliche Versammlungen der SPD nicht genehmigt, und zwar weil er im Einvernehmen mit dem Regierungskommissar und den Zivilbehörden grundsätzlich die Abhaltung aller parteipolitischen öffentlichen Versammlungen verboten hat. Dieses Verbot ist ebenso auf die bürgerlichen Parteien wie auf die Sozialdemokratie angewendet worden. Ein Verbot geschlossener Mitgliederversammlungen kam um so weniger in Betracht, als diese nicht anmeldspflichtig sind und dem Befehlshaber gar nicht bekannt werden. Auch die dem Reichswehrministerium vorliegende Beschwerde des Abgeordneten Seemann bezieht sich nur auf das Verbot öffentlicher Versammlungen. gez.: Seemann

Sicherung der Wahlfreiheit.

Beschlüsse.

München, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag im Ausschuss des Landtags begonnene Aussprache über die Schaffung von Garantien für die kommenden Neuwahlen wurden am Montag zu Ende geführt. In der Abstimmung fand der Antrag der Sozialdemokratie auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes nur die Unterstützung der Demokraten und wurde abgelehnt; desgleichen der Antrag der Demokraten auf Aufhebung des Ausnahmezustandes während der Wahlzeit. Durch Annahme einer Reihe von Anträgen wurde die Sicherung der Wahlfreiheit in Bayern im Rahmen des Ausnahmezustandes in folgender Weise festgelegt:

1. Das Gesamtministerium übernimmt die Sicherung der Wahlfreiheit und der verfassungsmäßigen Rechte sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mit allen staatlichen Mitteln; die Freiheit der Wahl ist in vollem Umfang zu sichern. 2. Vom Tage der Ausschreibung der Neuwahl zum Landtag bis zur erfolgten Wahl dürfen Druckschriften, insbesondere Zeitungen und Flugblätter, nur verboten werden, wenn ihr Inhalt auf den gewalttätigen Umsturz der Verfassung und auf die gewalttätige Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung abzielt. 3. Verbote von Zeitungen und Druckschriften können während dieser Zeit nur unter Angabe der Gründe des Verbotes verhängt werden. 4. Die Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit ist im gleichen Zeitraum im Rahmen von Gesetz und Verfassung wiederherzustellen; die Staatsregierung übernimmt mit allen staatlichen Mitteln den Schutz dieser Rechte und der Wahlfreiheit gegenüber allen gewalttätigen Störungen. 5. Den Angehörigen der aufgelösten Parteien ist bei Auflösung des Landtags die gleiche Versammlungsfreiheit wie den übrigen Parteien zu gewähren.

Der Wahlkampf beginnt.

München, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die beginnende Wahltagung zeigt bereits eine wüste Hege gegen die Sozialdemokratie, die schon bis in die Räume des Landtags dringt. Mit am eifrigsten hat es die Deutsch-nationale Mittel-

partei, deren Fraktionsführer Dr. Hilpert; bei jeder ihm passenden Gelegenheit der Sozialdemokratie mit den Volkskommissionen in Sachsen und Thüringen eine auszusprechen sucht. Die „Münchener Post“ weist nun den deutsch-nationalen Schreiber mit einem Hinweis in seine Schranken zurück, dessen Inhalt nur den ganz Eingeweihten bisher bekannt war. Der berüchtigte Landwirt Heinz Orbis, der Führer jener terroristischen Bauernorganisation „Freie Bauernschaft“ in der Pfalz, der zurzeit Präsident der separatistischen Regierung in Speyer ist und sich als solcher die abcheulichsten Schikanen und Unterdrückungen der anti-separatistischen Bevölkerung zuschulden kommen läßt, hat nämlich die merkwürdige Eigenschaft, Erbschaftsangelegenheiten für den bayerischen Landtag zu sein, gewählt auf der Liste der Deutschen Volkspartei in der Pfalz im Wahlkreis 11, Kirchheimbolanden mit 9084 Stimmen. Der Französisch Heinz Orbis, der 1920 noch auf den Namen Heinz Franz Joseph hieß, ist also sozusagen Fraktionsmitglied der deutsch-nationalen Mittelpartei im bayerischen Landtag und somit der politischen Führung des Dr. Hilpert unterstellt.

Völkischer Wahlblock.

München, 7. Januar. (WZS.) Die Vertreter aller rein völkischen Verbände und Gruppen Bayerns schlossen sich nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ auf einer Tagung in Bamberg zu einem völkischen Block zusammen, der demnächst bei den Wahlen hervortreten wird. An General Ludendorff wurde ein Begrüßungstelegramm gerichtet.

Hitler-Leute in Oesterreich.

München, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der führend am Kapp-Putsch beteiligte Hauptmann Babst ist seinerzeit vor dem gegen ihn erlassenen Steckbrief nach Tirol geflüchtet und ist seitdem in dem dortigen Bund der Heimatwehren tätig, einer schwarzgelben Organisation unter Führung der Christlichsozialen. Im vorigen Jahr hat Babst als deutsch-österreichischer Bürger Tirol in Wiening (im Innis) das Heimatrecht auf den Namen Peters-Babst erworben. Dieser Tage fand nun in Wörgel eine Versammlung der Gruppenführer der Tiroler Heimatwehren statt, die unter Vorsitz eines Feldpaters einstimmig folgende Entschliessung annahm:

1. Wir dulden nicht, daß ein preußisch-protestantischer Offizier ein Kommando über das katholische Tiroler Volk zu führen sich anmaßt; 2. wir dulden nicht, daß ein preußischer Offizier, der beim preußisch-österreichischen Kapp-Putsch Generalstabchef des Putschleiters war, sich in führender Stellung bei einer gänzlich unpolitischen österreichisch-italienischen Selbstschutzhorganisation befindet; 3. wir dulden nicht, daß dieser preußische Revanchepolitiker in Tirol angeblich nur seinem Broterwerb nachgeht, in der Tat aber alle deutsch-protestantische Politik treibt und, wie die Tatsachen beweisen, seinen einflussreichen Posten in der Tiroler Heimatwehr ausnützt, gegebenenfalls das Tiroler Volk und Land und Oesterreich ins Unglück zu bringen zugunsten seines preußischen Vaterlandes; 4. wir dulden nicht, daß Hauptmann Peters-Babst als politischer Flüchtling noch weiter bei der Tiroler Heimat festgehalten werde und fordern seine sofortige Entlassung von der Landesleitung.

Dazu ist zu bemerken, daß der eigentliche Führer der Tiroler Heimatwehr der Innsbrucker Rechtsanwalt und christlichsozialer Abgeordnete Dr. Seidler ist, der aber die praktische Führung des Bundes völlig in die Hände von Babst gegeben hat. Durch den Beschluß der Tiroler werden übrigens die Enthüllungen der „Münchener Post“ über die Umtriebe der Sudendorff, Bauer, Babst in Oesterreich, denen dem unter Münchener Parteiblatt seinerzeit von dem Putschgeneral Ludendorff vor den Kabi geladen wurde, in weitestem Umfange bestätigt.

Eine neue Partei.

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe:

Am Sonntag tagte im „Rheingold“ eine neue Konferenz des Ausschusses von Republikanern aller Parteien, die eine Bewegung zur Erneuerung des politischen Lebens in der deutschen Republik einzuleiten beabsichtigen. Die aus allen Teilen des Reiches überaus zahlreich besetzte Kundgebung nahm zu den Programmpunkten des Ausschusses Stellung. Die lebhafteste Diskussion erbrachte den Beweis, daß die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen, auf parteimäßige Grundlage gestellten Organisation zur Sammlung aller heute heimtätigen Republikaner vorliegt.

In den ersten Richtlinien wird jedes Kompromiß mit Gegnern der republikanischen Staatsform abgelehnt. Sie fordern unbedingte Überwindung des Staates in Politik und Wirtschaft, Niederrückung des Imperialismus der Industriekapitäne und Schutz der von der Truttschicht gefährdeten Bevölkerung gegen die Stännesierung Deutschlands. Zu den weiteren Programmpunkten gehören die Neugliederung des Reiches in konsequent unitarischem Sinne, die Ablösung des Söldnerheeres durch ein Volksheer, Durchführung der in der Weimarer Verfassung den Hand- und Kopfarbeitern zugesicherten Rechte und eine moderne, die Einzelmeinung tolerierende Kulturpolitik.

In der lebhaften Aussprache wurden die Ziele der neuen Partei von zahlreichen Politikern begrüßt, die jetzt im Lager des Zentrums, der Demokratischen Partei und der Sozialdemokratie stehen. Die Konferenz beauftragte schließlich einen Ausschuss mit der Durchführung der notwendigen organisatorischen Maßnahmen.

Wir sind neugierig, die Namen der Politiker zu erfahren, die nach Angabe der „Berliner Volkszeitung“ aus dem Lager der Sozialdemokratie die Bildung einer neuen Partei begrüßt haben sollen. Wir nehmen an, daß, ehe sie sich an der Bildung einer neuen Partei beteiligten, sie ihren Austritt aus der Sozialdemokratie erklärt haben.

Müller-Brandenburg aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen.

Weimar, 7. Januar. (WZ.) Der bekannte Polizeioberst Müller-Brandenburg ist nach einer Meldung der „Weimarerischen Zeitung“ aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Schutz der Immunität.

Der Geschäftsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Montag mit den Beschwerden der kommunistischen und deutschvölkischen Abgeordneten über die Schließung ihrer Büroräume. Der Ausschuss erklärte die Beschwerden für begründet, da der Schutz eines Arbeitszimmers der Abgeordneten durch den Artikel 67 II der Reichsverfassung als Bestandteil der Immunität gesichert ist.

Der preußische Ministerpräsident Brauns hat am Montagabend zu Ehren des Apostolischen Nuntius, Monsignore Pacelli, zu einem Abendessen eingeladen, an dem der Reichszentraler Wolff, Reichsaussenminister Dr. Gieseemann und die preußischen Staatsminister teilnahmen.

Gewerkschaftsbewegung

Einheitliche Abwehrfront!

Aus Beamtentreffen wird uns geschrieben:
Der Personalabbau in allen Reichs- und Staatsbetrieben nimmt seinen mehr oder minder brutalen Verlauf. Der Kapitalismus hat seine wirtschaftliche und politische Macht über die Privatwirtschaft hinaus ausgedehnt auf Reichs- und Staatsbetriebe und Behörden und damit den Kreis der Proletarier, der seiner mittel- oder unmittelbaren Ausbeutung preisgegeben ist, erweitert. Rücksichtslos diktiert diese Kräfte dem Reich und den Staaten ihren Willen durch eine brutale Preispolitik. Die Materialkosten zur Aufrechterhaltung der Betriebe und Verwaltungen verschlingen Summen, die weit über das Vorkriegsmass hinausgehen. Die Riesengewinne des Industrie- und Finanzkapitals, sowie des Handels und der Landwirtschaft, sind zum nicht geringen Teil aus den Etats der Reichs- und Staatsbetriebe entnommen worden. Gleichzeitig aber haben sich jene Kreise jeder ausreichenden steuerlichen Erfassung zu entziehen bemüht und die Inflationsgewinne zum Teil der deutschen Wirtschaft durch Kapitalflucht ins Ausland entzogen.

Die Rentenbank in den Händen der Vertreter der kapitalistischen Interessentengruppen beeinflusst die Verwendung der dem Reich und den Staaten günstig überlassenen Kredite, an denen durch entsprechende Verzinsung wiederum Riesengewinne erzielt werden. Und der Staat...? Das Reich...? Diese werden repräsentiert durch jene Volkswirtschaftler, die in ihrer Mehrheit den bürgerlichen Parteien angehören und unter Mithilfe der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewählt wurden und durch eine Verwaltungsbureaufratie, die zum Teil im Geiste der wilhelminischen Epoche ihre Funktionen ausübt.

Die Entwürfe und Erlasse zur Verminderung der Personalausgaben des Reiches sind Produkte dieser Kreise. Die Resonanz innerhalb der Bevölkerung wurde rechtzeitig durch einen wässrigen Pressfeldzug in den bürgerlichen Blättern geschaffen. Das Ergebnis war, daß in weiten Kreisen der indifferenten, privaten Arbeiterschaft und des Mittelstandes eine fast feindselige Einstellung dem Personal der Reichs- und Staatsbetriebe gegenüber entstand. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter sind derartigen Strömungen stets und nicht ohne Erfolg entgegengetreten. Größer oder kleiner Erfolg gewesen, wenn die Beamten, Angestellten und Arbeiter schon früher gewerkschaftliche Solidarität geübt hätten und wenn durch engste organisatorische Vereinigung das gegenseitige Verständnis gefördert worden wäre. Der Egoismus der einzelnen Gruppen hat das leider verhindert.

Es hilft nichts, darüber zu jammern, daß nunmehr auch der Beamte durch frühzeitige Pensionierung als Beteiligter Empfänger bzw. durch rücksichtslose Entlassung dem grauesten Elend preisgegeben wird und gleichzeitig zu fordern, daß man doch zuerst die „Anderen“ preisgeben möchte, wie es bedauerlicherweise in den Organen der reinen „neutralen“ Beamtensorganisationen geschieht und wie es auch Hauptaufschüsse der Beamten bei den Ministerien fordern. Das Problem kann nicht gelöst werden, indem man in den Gedankenengängen von Anno domini fortfährt, um sich selbst eine Mauer errichtet, und der Welt dann erzählt, daß die hinter dieser Mauer lebenden Zeitgenossen besonders arme Luder sind. Das Personal der Reichs- und Staatsbetriebe und vor allen Dingen die Beamten, müssen sich daran gewöhnen, daß auch sie ein Teil der gesamten deutschen Arbeiterschaft sind und daß ihr Schicksal abhängig ist von dem Schicksal des gesamten Volkes, im besonderen aber der arbeitenden Klasse.

Heute werden die Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Fehler der Vergangenheit fast restlos auf die Schultern der Arbeiter, Angestellten und Beamten abgewälzt. Die reaktionäre Bureaufratie geht brutaler und rücksichtsloser vor, als der schlimmste Belagunternehmer, wahrscheinlich um den unbedingten Nachweis ihrer absoluten „republikanischen“ Zuverlässigkeit zu erbringen. So jenen Samen, dessen Früchte bei der Ernte erschauern werden.

Wir haben die Aufgabe, die augenblickliche Zeit zum Sammeln zu nutzen. Bis hier waren es Geschenke, die wir zu verteiligen versuchten, die uns allzuleicht in den Schoß gefallen waren. Darum wurden diese wenig geachtet und erst jetzt, wo sie verloren gehen sollen, wird der Wert erkannt. Leider fast zu spät. Es hätte die Abwehrfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine unüberwindliche Mauer bilden können, wenn nicht Nachwirkungen einer blinden Vergangenheit: faßch verstandenes Standesbewußtsein, faßcher Egoismus des einzelnen und ganzer Gruppen, politischer und gewerkschaftlicher Indifferentismus und Ueberradikalismus u. a. m. die arbeitenden Klassen getrennt hätte.

Dazu gesellt sich das Abstreifen jener geistigen Kräfte, die besonders für die wirtschaftliche Umgestaltung unserer heutigen Ge-

ellschaft notwendig sind. Sind jene nicht zu gewinnen, so müssen andere Kräfte gesucht werden, wozu wertvolle Borearbeit geleistet worden ist. Aber weitere fortgesetzte Anspannung aller Kräfte ist notwendig, deshalb helfe jeder nach seinem besten Können daran mit, die gewerkschaftliche und politische Front der Arbeiterschaft zu stärken. Das ist die beste Antwort auf die brutalen Angriffe der kapitalistischen und reaktionären Mächte, die in der Privatwirtschaft und bei den Reichs- und Staatsbehörden „Abbauarbeit“ verrichten.

Lohnabbau auf Anordnung der Regierung? Lohnkonflikte im Transportgewerbe.

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben:
Die Arbeitgeber der Speditionen, Reiseverkehrs-, Schiner- und Reichsfuhrwerksgewerbe haben, um die große Mode des Lohnabbaues mitzumachen, dem Deutschen Verkehrsband das für vorgenannte Gruppen bestehende Lohnabkommen zum 4. Januar 1924 gekündigt. In einer zwischen den Tarifkontrahenten festgelegten Verhandlung stellen die Arbeitgeber an die Arbeitnehmer das Ansuchen, einen Lohnabbau von 25 Proz. hinzunehmen. Diese Zumutung lehnten die Arbeitnehmervertreter entschieden ab. Als Erklärung für den Lohnabbau gaben die Unternehmer an, von ihren Auftraggebern sowie vom Finanz- und Reichsarbeitsministerium hierzu veranlaßt zu sein. Daraus geht hervor, daß eine zwingende Notwendigkeit infolge der Geschäftslage dieses Gewerbes nicht gegeben ist, haben doch die Arbeitgeber ihre Fuhrpreise bzw. Kollgebühren gegenüber 1914 um 100 bis 300 Proz. erhöht, während der Minimallohn noch um 12,5 Proz. unter dem Friedensstand liegt.

Da die Arbeitgeber auf eine Reduzierung der Löhne beharren, sind die Verhandlungen als gescheitert abgebrochen worden. Bis zur endgültigen Regelung der Differenzen durch den von den Unternehmern angerufenen Schlichtungsausschuß erklärten sich diese bereit, den bisherigen Wochenlohn von 32 R. a. conto weiterzuzahlen.

Eine überfüllte Versammlung der Arbeitnehmer beschäftigte sich mit dem geplanten Lohnabbau. Mit Entrüstung wiesen die Versammelten diese Provoktion zurück. Der Lohnkommission wurde zu dem am Dienstag, den 8. Januar, unter Vorsitz des Gewerkschaftsleiters anberaumten Schlichtungsverhandlung mit auf den Weg gegeben, unter keinen Umständen in einen Lohnabbau einzuzustimmen. Die Arbeitnehmer sind fest entschlossen, durch Hilfe ihrer Organisation jede Verschlechterung ihrer Lage mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Glauben die Herren, sei es durch Diktat oder Schiedsgericht ihr Vorhaben verwirklichen zu müssen, dann tragen sie die Verantwortung für die eintretende Störung im Wirtschaftslieben Berlins.

Soweit die Zukunft. Die Mitteilung der Unternehmer, daß ihre Forderung auf Abbau der 12 1/2 Proz. unter dem Friedensminimallohn und somit 20 Proz. unter dem Friedensmaximallohn liegenden Löhne vom Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministerium veranlaßt worden ist, bedarf dringend der Aufklärung.

Daß die Preise abgebaut werden müssen und daß sich die Reichsregierung für den Preisabbau einsetzen muß, haben auch wir stets gefordert. Wenn die Kollgebühren also das Doppelte bis Dreieinhalbfache des Friedenspreises betragen, dann ist nachzuprüfen, wie weit diese Kartellpreise, denn es handelt sich dabei um Kartellpreise, durch Erhöhung der Gewinnspanne und durch die Verteuerung der Materialkosten berechtigt sind und wie weit wieder die Verteuerung der Materialkosten gerechtfertigt erscheint. Wenn man für die Preisgabe den Friedenspreis zur Grundlage nimmt, dann ist der Lohn der Schwerarbeiter, wie es die Arbeiter dieser Berufe meist sind, nicht herabzusetzen, sondern zu erhöhen. Es wäre jedoch eine skandalöse Parteinarbeit zur Aufrechterhaltung der überbezahlten Kartellpreise, wenn die Reichsregierung von den Unternehmern den Abbau der bereits um 20 Proz. abgebauten Löhne verlangt haben würde. Wir erwarten, daß die hier von den Unternehmern bloßgestellten Behörden sich dazu äußern.

Zum Lohnabbau im Baugewerbe.

Vom Vorstand der Fachstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer wird uns geschrieben:

Bis zum Jahresabschluss stand für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe der Stundenlohn auf 70 Pf. In der am 2. Januar stattgefundenen Verhandlung der Tarifkommission wurde von den Arbeitgebern ein Lohnabbau von 10 Pf. pro Stunde beantragt. Den Nachweis, daß in den letzten Tagen die Verhältnisse sich zugunsten der Arbeiterschaft verbessert haben, wurde nicht erbracht. Der Vorsitzende erklärte: „Wir müssen — — —“ verstimmt dann eine Weile und sagte dann weiter: „aus Grund der Verhältnisse den Abbau fordern“. In Wirklichkeit sollte es wohl heißen: wir müssen auf Befehl der Schwerindustrie und Regierung den Abbau fordern.

Auch vor dem Bezirkslohnamt konnte von den Arbeitgebern nicht der geringste Nachweis erbracht werden, um den Lohnabbau für Groß-Berlin zu rechtfertigen, dagegen wurde auch hier von den Arbeitgebern festgestellt, daß die Arbeitseinstellungen der Arbeiter von den Behörden nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen vorgenommen seien, im Einverständnis mit den Arbeitgebern. Des weiteren wurde hervorgehoben, daß das schwache Interesse der Arbeitnehmer am Tarifverhältnis durch das Vorgehen der Arbeitgeber noch weiter erschüttert werde.

Am Freitag Beschäftigten sich Schlichtungskommission und Vorstand sowie auch die Bezirksführer mit dem Schiedsbruch, der eine Lohnkürzung von 7 Pf. vornimmt. Die Funktionäre stellen sich einmütig auf den Standpunkt der Verhandlungskommission, desgleichen die Mitglieder in den Bezirksvereinigungen am 5. bzw. 6. d. M.

Verband der Lithographen, Steinbrucker u. verw. Verufe.

Die Situation im Buchdruckgewerbe hat sich dadurch verschärft, daß der Arbeitgeberverband an seine Mitglieder die Parole herausgab, daß allen vom Buchdruckeramt erlassenen gewerkschaftlichen Arbeitern in den Druckereien und Leitungsbetrieben das Arbeitsverhältnis gekündigt werden soll. Dieser Parole entsprechend haben die Arbeitgeber überall bereits Massenkündigungen ausgeschrieben. In den gemischten Betrieben wird verhandelt, auch andere Kollegen in diese Maßnahmen mit einbezogen. Wir machen mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß unsere Mitglieder solche Kündigungen zurückzuweisen und sich auf unsere rechtsverbindlichen Tarife zu berufen haben. Sollten die Arbeitgeber bereits ausgesprochene Kündigungen trotz dieses Vorwieses aufrecht erhalten, so haben die Kollegen sofort dem Ortsbüro Mitteilung zu machen, damit der Rechtsweg bei den Tarifschiedsgerichten beschritten wird. Wir werden von dieser Stelle aus alle notwendigen weiteren Informationen erteilen lassen.
Der Ortsvorstand.

Eine alte Geschichte.

In seinen im Jahre 1776 erschienenen Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Volkswohlfandes sagt Adam Smith: „Unsere Kaufleute und Fabrikanten klagen über die schlechten Wirkungen des hohen Lohnes, der den Preis ihrer Waren hinaufreibt und dadurch den Verkauf derselben im In- und Ausland verringert; sie sagen aber nichts von den schlechten Wirkungen des hohen Gewinnes, indem sie von den verderblichen Folgen des Vorzeits, den sie selbst ziehen, schweigen, klagen sie desto lauter über die Nothwendigkeit, so weit die Gesetzgebung sich dazu herläßt, die Differenzen zwischen den Meistern und ihren Arbeitern auszugleichen, sind immer die Meister ihre Ratgeber. Fällt die Bestimmung zugunsten der Arbeiter aus, so ist sie immer gerecht und billig; wird sie aber zugunsten der Meister gegeben, so ist sie das mandmal nicht.“

Lohnregelung im Bergbau.

Die Löhne im Steinkohlenbergbau des unbesetzten Gebietes sowie im hayerischen Kohlenbergbau für die Zeit vom 1. bis 14. Januar 1924 sind im Schlichtungsverfahren im Reichsarbeitsministerium festgelegt worden. Der Schiedsbruch sieht eine Erhöhung des Goldlohnanteiles an den feststehenden Löhnen um 10 Proz. vor. Darüber hinaus wird für jede in der vorgenannten Zeit verfallene Schicht eine Papiermarke zuzuge in dem Ausmaße gewährt, daß der Gesamtbetrag an Gold- und Papierlohn gleich dem bis zum 31. Dezember in Geltung gewesenen Gesamtlohn ist. Für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurde zwischen den Parteien eine Vereinbarung erzielt, wonach in den Kernbetrieben der Turbinenmaschinen einschließlich der sozialen Zulagen 8,12 Rentenmark je Schicht beträgt. Daraus tritt eine durchschnittliche Feuerungszulage von 0,93 Rentenmark je Schicht.

Der Kampf in der Kollindustrie. Der gesamte Betrieb des Kollwerkes „Dedemona“ bei Alfeld ist stillgelegt worden, weil die Abwicklung der Verhältnisse über eine verlängerte Arbeitszeit ein ab lehnen des Ergebnis hatte. Die Werksleitung begründet die Stilllegung auch noch mit dem Mangel an Betriebsmitteln. Die Kollwerke „Bernterode“ (Eichfeld) haben große Entlassungen vorgenommen. Auch die Gewerkschaft „Wismarthal“ hat der gesamten Belegschaft gekündigt. Die Gewerkschaftsleitung erklärt, daß der Betrieb wieder aufgenommen werden wird, wenn die Arbeiter sich dazu bereit finden, aber Tage 10 und unter Tage neun Stunden zu arbeiten.

Widmung, Buchdruckerei. Die Versammlung der Fraktionsvorstände der SPD-Buchdrucker findet nicht, wie irrtümlich angegeben, im „Alexandiner“, sondern bei Dennis, Alexanderstr. 44, statt. Die politischen Vertrauensleute der Buchbetriebe sind mit eingeladen. Der Fraktionsvorstand.
SPD-Buchdrucker, 2. Bezirk. Wichtige Zusammenkunft am Donnerstag, 7. Uhr, bei Bierbaum, Postamtstr. 2.

Mittel-Schwerlosch-Werke, Wilmshausen. Heute vormittag 9 Uhr bei Weidner (Altes Schützenhaus) Betriebsversammlung. Wohlwillinges Erscheinen unbedingt erforderlich. — Der Betriebsrat.

Widmung, Zimmerer. Im Mittwochnachmittag 3 Uhr findet im Saal 3 des Gewerkschaftshauses eine Versammlung sämtlicher Vertrauensleute und Betriebsräte für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Lohnabbau, 2. Bericht über Fort- und Rückgang, 3. Deutscher Holzarbeiterverband, 4. Beschlüsse zum 3. Januar, abends 7 Uhr: Ordentliche Generalversammlung im Verbandshaus, Rummelstr. 10 (Arbeitslosenfall) Tagesordnung in der Versammlung: Wählisches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht!
Der Obmann.

Beizunehmlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Seltenow; Gewerkschaftsbewegung: F. Schorn; Sozialismus: E. B. Widger; Politik und Sozialismus: Felix Reuter; Anzeigen: E. B. Widger; (Amtlich in Berlin). Berlin: Nordwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 66., Linienstraße 3. Blatt 1. Blatt.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 Uhr: Zauberritte
Opernhaus
am Königsplatz
7 Uhr: Händel u. Gretel
Die Puppefee
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Candida
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: D. Stillmanstest

Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr:
Scherz, Satire,
Ironie und tiefere
Bedeutung
Kammerspiele
8 Uhr:
Ingeborg

WINTERTHEATRE
Variete-Spielplan
Rauchen gestattet.

SOAUB
Tägl. 8 Uhr:
Internat. VARIETE
und
MUTTER
Mittw. 8 Uhr: 3. Sonntag
3.30 zu halb.
Preisen das volle
Abendprogramm
Jugendliche
haben Zutritt

Th. im Admiralspalast
Alle Abende 7 1/2 Uhr:
Oranier und drüber

Deutsch-Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Rigoletto
Rode

Intimus Theater
8: Der Hinduprinz
Der Schmel usw.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr:
Marietta
Operette v. Kollo

Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr:
Die Luxustran

Neues Volkstheater
8 Uhr:
Die lust. Witwe
Wittw. 1. Uhr: Kandi Rappold

Renaissance-Theat.
8 Uhr:
Die zärtl. Verwandten

Waller-Theater
1 1/2 Uhr:
**Der Sprung
in die Ehe**
mit Leo Peukert

Lustspielhaus
8 Uhr:
**Uraufführung
Kaiser Jones**

Th. a. Koeth. Tor
Tägl. 7 1/2 Uhr
3. Sonntag nach
mittw. 3 Uhr:
ELITE
SKOGER
U. a.
Der Traum des
Kapellmeisters

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Carmen**
(Gastspiel)
(Schiff-Sänger)

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Die verschwundenen Zwillinge

Casino-Theater
8: Dienstmann Nr. 7
Berl. Volkstheater in 3 Akten
Vorher: Banter Teil

Neue Welt
A. Scholz Hasenheide 108/114

Dienstag, 8. Januar 1924: Elitetag
Bockbierfest in den bayr. Alpen
Prämierung des
Schönsten Brokat-Hutes
3 bare Geldpreise: 50.—, 30.—, 20.— Goldmark

8 Kapellen
Bayr. Madl
Rutschbahn
Einlaß 6 Uhr
Anfang 7 Uhr

Anmeldung-Prämierung
10 Uhr an der Kasse!!!

Neues Operetten-Theater
Der **Kensche**
Schwank 1.3A. v. Fr. Arnold a. E. Bach
Guido Thielscher, Eise Bäck, Heria Bartz, Hedda Neuhoff, Julius Brandt, Fritz Dellus, Richard Ludwiz

Komische Oper
Allabendlich 7 1/2 Uhr
Die größte Revue
des Kontinents:
Die Welt ohne Schleier

Walhalla
Theater
Weinbergseeg
15 Weltattraktionen

Alexanderplatz 2, 1
Dessen, Zigaretten,
Narren u. Tabake

Apollo-Theater
1 1/2 Uhr Dir. James Klein 7 1/2 Uhr
(als welt. histor. Schauspiel)
Volk und Krone
1. Teil aus
Em. Ludwigs
Ueber .60 Mitwirkende!
Dargest. v. L. premissen. Bühnen-Institut

Das von uns eingeleitete Liebeswerk
hatte einen sehr erfreulichen Erfolg.
Wir haben Markt
18 935 875 000 000 000.—
an die Deutsche Altershilfe abführen
können.

Kar-Trier
Aktiengesellschaft
Schwerthof
Köln

Wenest. . . 20
Russen. . . 7
Zigaretten. . . 60
Tabak. . . 2,85
Marienburg, Kelle, reine Kernseife. 40. 45 u. 55 Pf.
Schöneberg. Gut einjährig Vertreter gesucht.
Bozenerstr. 9, Dahn 338. Selbstsch. Dienstleist. 20. Dof. 10. 10. 10. 10.

Metalbetten
Stahlmatt. K. Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frel. Eisenmöbellfabr. Suhl Thür.

Beim Schneeschippen.

Zwangsarbeit. — Aus den Erfahrungen eines Erwerbslosen.

„Die schlimmste Arbeit ist Arbeit suchen!“ Ein Wort voller Wahrheit. Jede Nachfrage nach Arbeit ist vergebens. Viele Arbeiter sind nun schon länger als 26 Wochen arbeitslos und gehen ebenso lange schon „stempeln“. — Der große Raum der Erwerbslosenfürsorge ist schon überfüllt. Dicht gedrängt, Kopf an Kopf stehen die Wartenden, die Ausgestoßenen der Gesellschaft. Heute geht es hier besonders lebhaft zu. Ein geheimnisvolles Raunen geht durch den Raum. Man hört so etwas wie: „Es gibt Arbeit!“

Zeit
am
Ort und Stelle

„Aber was für Arbeit?“ „Für einen nach dem andern wird abkommandiert zum Schneeschippen (außer den Arbeitsunfähigen). So mancher, der ohnungslos seine Karte zum „Stempeln“ abgibt, erhält sie nicht wieder. Dafür aber zu keinem Erstaunen ein Zettelchen wie folgt:

Die Arbeitsverteilung.

In den ersten Tagen nach Inkrafttreten des Regierungserlasses meierten sich z. B. auf der Erwerbslosenfürsorge in Weidensee circa 33 Proz. aller Arbeitslosen die Pflichtarbeit zu leisten. Zum allergrößten Teil waren es Jugendliche, darunter besonders ungelehrte Arbeiter. Heute kommt eine Arbeitsverteilung so oft nicht mehr vor. Als Pflichtarbeit sieht die Regierungsverordnung zunächst 24 Stunden Schneefahren oder ähnliche Arbeit vor. Punkt 7 Uhr am frühen Morgen, wenn es noch fast dunkel ist, müssen die zum Schneeschippen Abkommandierten sich schon auf einer Zentral- oder Nebenstelle der Gemeindegemeinschaft einfinden. Es treffen sich hier so 100 Mann. Gleich nach 7 Uhr wird die Liste verlesen. Dieser und jener fehlt noch. Die Befehlsgebungen zur Pflichtarbeit müssen nun abgehen werden, und dann geht's offiziell los. Die Wartenden werden in Gruppen von je 10 bis 20 Mann eingeteilt. Jede Kolonne erhält nun ein bestimmtes Straßenviertel zugewiesen. Meistens besteht es aus einem oder zwei Straßen. Die Straßengänge der Gefährlichen: Besen, Schippen, Schneeschleichen, Karren usw. Jeder ist für den übergebenen Gegenstand halbtot. Ein städtischer Arbeiter übernimmt die Leitung und Beaufsichtigung. Kolonnenweise, Aids, Besen, Schippe auf der Schulter, geht's los.

Schipp! Schipp! Hurra!

An Ort und Stelle ankommt, weiß der Leiter jedem einen Arbeitsplatz an. Die Arbeitslosen beginnen nun ihre Arbeit als Schneeschipper. Schipp! Schipp! Hurra! Eine rote Arbeit ist es nicht. Bis zum Knöchel und noch tiefer sehen die Kräfte im schmutzigen Schnee. Das Schaufeln ist bei vielen ausgetreten und schmerzhaft. Es gibt nasse Füße. Über des Morgens ist der Schnee vom Nachtfrost so hart und so fest erstarrt, daß mancher bei der ungewohnten Arbeit Blut und Wasser schwitzt. Harte Stellen und tiefe Blößen gibt es an den Händen. Berührene Finger gibt es auch noch zu. Nicht jedem macht diese Arbeit Vergnügen. Einer macht z. B. ein unheimlich brummiges Gesicht, er tocht vor Wut und beißt die Zähne zusammen. Das heißt er sich doch nie träumen lassen, daß er bei Wetter und Wind, Eis und Schnee als Straßenschaufelträger tätig sein muß. Gewiß hat wieder die gottverfluchte Republik Schuld. Ein anderer wieder, „der etwas auf sich gibt“, sieht Bekannte auf der Straße. Schnell sieht er bei seiner „Arbeit“ ängstlich und verschämt zur Seite. Was sollen denn bloß die Leute von ihm denken. Hol der Teufel diese Arbeit. Seine „Arbeits-

kollegen“ bemerken seine Verlegenheit. Sie spötteln und wipeln über die Befangenheit des Armen. Arbeit schändet nicht! Jagen die wieder. Sie schippen lustig drauflos, veranlagt und wie in bester Stimmung ein Lied pfeifend. Doppelt leicht würde die Arbeit für sie sein, wenn es ertra, außer der gewöhnlichen Unterstützung, noch etwas bezahlt gäbe. Leider gibt es keine Ertröbzahlung. Arbeitspflicht ohne Bezahlung! Originell sehen ja solche Schneeschippkolonnen aus. Der Fremde, der nach Berlin kommt und diese Schneeschipper sieht, wird im ersten Augenblick etwas verwundert sein. Er wird sich sagen, die Berliner Straßenarbeiter werden ja immer nobler. Denn die Leute, die da Schnee legen, schippen und schieben, haben natürlich keine Berufskleidung an, sondern sind je nach Umständen angekleidet. Der eine hat einen modernen Pellet an. Andere arbeiten mit Schilps und Kragen. Als Kopfbedeckung tragen sie Hüte, moderne und unmoderne, Stroden und Kotzeder. Einige haben es sich nicht nehmen lassen, mit richtigen Bügelfalten zu erscheinen. Es ist ein außergewöhnliches Straßenbild.

Der Kolonnenarbeiter selbst arbeitet auch tüchtig mit. Er will ein gutes Beispiel geben. Hin und wieder reißt er einen lustigen Witz und mahnt einen Nachlässigen zur Arbeit. Alles geschieht im größten freundschaftlichsten Ton. Man geht wohl nicht sehr in der Annahme, daß er selbst wünscht, wieder die Sonne hervorkommen zu sehen, die dem Schneeschippen ein Ende macht.

Gegen den Wucher.

Ein Tätigkeitsbericht des Landespolizeiamts.

Der Präsident des Landespolizeiamts beim Ministerium des Innern, Genosse Grzeinski, hat an den Minister einen Bericht über die Tätigkeit des Landespolizeiamts im abgelaufenen Jahre erstattet, der auch für die weitere Öffentlichkeit von Interesse ist, nicht nur weil das Landespolizeiamt in erster Linie mit der Wucherbekämpfung sich zu beschäftigen hat, sondern auch weil die Einheitlichkeit der Wucherbekämpfung und ihre zentrale Stellung in seiner Hand vereinigt liegen. Seine Tätigkeit hat sich nicht darauf beschränkt, Gutachten zu erlassen, Anweisungen zu erteilen, selbst Wucherverfälle zu verfolgen, sondern es hat seine Hauptaufgabe darin erblickt, vordringend zu wirken und auch durch Anregungen und Vorschläge bei den Zentralstellen auf Mißstände und Unzulänglichkeiten hinzuweisen und Vorschläge für ihre Abstellung zu machen.

In erster Linie waren es Fragen der Ernährungswirtschaft und der Preisbildung, und zwar vornehmlich auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produkte, die das Interesse des Landespolizeiamts in Anspruch nahmen, hier besonders Frühobst und Frühgemüse und infolge der Anapopt des Vorjahres Kartoffeln. Die sämtlich eine starke Tendenz zur Preissteigerung zeigten. Ebenso hatten Vieh- und Fleischpreise das ganze Jahr hindurch eine außergewöhnliche Höhe, wobei die in den Preisen liegenden Verdienstsparnen der einzelnen Verteilungsstufen derart verschleiert wurden, daß ohne eine genaue Untersuchung nicht erkennbar war, an welchen Stellen im einzelnen Sinne Wucher betrieben wurde. Das Landespolizeiamt ist deshalb für die Einrichtung der Ueberwachungskommissionen auf sämtlichen Viehmärkten durch Reichsverordnung einsetreten. In der Sorge um die Preisbildung für Milch, Butter, Käse und Eier gelang es ihm durchzusetzen, daß der Verkauf von Eiern beim Erzeuger erlaubnispflichtig gemacht werden kann. Wichtigster noch ist die von ihm im Zusammenhang mit der Entwicklung der Geldverhältnisse eingeführte Einrichtung der Preisnotizen für eine große Reihe von Lebensmitteln des Nahrungsmitteleinzelhandels. Nach Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel hat das Landespolizeiamt als erste behördliche Stelle öffentlich darauf hingewiesen, daß namentlich die durch die künstlich niedrigen gehaltenen amtlichen Berliner Devisennotierungen vielfach überhöhten Grundpreise keine Berechtigung mehr haben

und schleunigst abgebaut werden müssen. Dabei wurden die Preise der Vorkriegszeit als geeigneter Anhalt zur Beurteilung der reinen Goldmarkpreise bezeichnet und veröffentlicht. Bekannt ist auch die einheitliche Preisbildungsverordnung in Preußen, die im wesentlichen auf einem Entwurf des Landespolizeiamts beruht und später unter seiner Mitwirkung zur Grundlage über Preisvorschriften und Preisverzeichnisse gemacht worden ist.

Neben seiner eigenen Tätigkeit hat das Landespolizeiamt auch die der Wucherverfälle des Landes einer Kontrolle unterzogen. Die statistische Uebersicht über die Tätigkeit der Polizeiverwaltungen im abgelaufenen Jahre gestattet zugleich einen Ueberblick über den Umfang der den Polizeiverwaltungen durch die Wucherbekämpfung anfallenden Arbeit. Danach haben die preussischen Polizeiverwaltungen in 11 Monaten des Jahres 1923 (Januar bis November) insgesamt 136 431 Anzeigen bearbeitet und an die Staatsanwaltschaften abgegeben und 2548 Handelsunterfügungen ausgesprochen. Berlin ist an diesen Zahlen mit 27 225 Anzeigen und 377 Handelsunterfügungen beteiligt.

Ein Kampf um den Mann.

Das Salzfäureattentat einer Eifersüchtigen.

Der Kampf um den Mann hat eine liebestolle Frau zu einem Salzfäureattentat auf ihre vermeintliche Nebenbuhlerin veranlaßt. Die schon in vorgerücktem Alter stehende Arbeiterin Beria Sch., die ebenso wie ihre Nebenbuhlerin, eine Frau M., die gleichfalls nicht mehr ganz jung ist, von ihrem Mann geschieden ist, hatte einen 24jährigen jungen Mann, der eben aus dem Zuchthaus entlassen worden war, bei sich aufgenommen und mit ihm ein Liebesverhältnis angefangen. Sie hatte selbst kaum ihr Auskommen und mußte Aufwartedienste tun. Seit Jahren war sie mit Frau M. befreundet, die in besseren Verhältnissen lebte. Dem jugendlichen „Gediebten“ schien es bei Frau M. besser zu gefallen, und das mißfiel Frau Sch. sehr.

Sie erging sich in dunklen Andeutungen, was sie alles machen würde, wenn die M. ihr den Liebhaber abspenstig machen würde. Eines Tages trafen die beiden Nebenbuhlerinnen sich in einem Produktenteller, und hier agitierte die Damen sich um den „Geliebten“ buchstäblich in die Haare. Frau Sch. warf der „Fremdlin“ vor, daß sie nach einem „Zuchthaus“ angehe, und diese war die fürchterlichste Angriff mit der Argumentation, daß sie so etwas gar nicht nötig habe, weil sie einen „festen“ Freund besäße. Im Verlauf der von handgreiflichsten angenehm unterbrochen Auseinandersetzung gab Frau Sch. der Gegnerin eine Flasche Salzfäure über die Rückenpartien. Immerhin trug die ägende Waage durch das Schicksal und Frau M. erlitt größere Brandwunden. Das Schöffengericht hatte Frau Sch. wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Vor der Berufungskammer des Landesrichters I. die die Berufung als Berufungsinstanz hatte anrufen lassen, behauptete Frau Sch., daß sie in Notwehr gehandelt habe, da sie angegriffen worden sei. Die Jungin M. bestritt mit Entrüstung, daß sie Anlaß zur Eifersucht gegeben habe. Ihre Gegnerin habe gerufen, daß sie „das Weib zeit lebens blind machen wolle“. Frau Sch. habe sogar mit der Salzfäureflasche blindwütig eingeschlagen und ihr Verletzungen durch Glasplitter am Kopf und an den Armen beigebracht. Eine Augenzeugin schilderte den Kampf der „Amazonen“ in sehr realistischer Weise. Beide hätten sich mit den Nägeln das Gesicht bearbeitet und die Haare büschelweise ausgerissen, gebort und sich eng umschlungen auf dem Boden gewälzt, wobei sie sich in nicht widerzugebender Weise beschimpft hätten. Der Verteidiger war der Meinung, daß es sich hier um einen Kampf lebensrunder Frauen gehandelt habe und daß die Schuld sich auf beide Parteien verteilte. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ermäßigte die Strafkammer das Urteil auf 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft. Für die Reststrafe erhielt sie eine Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von 10 Goldmark.

Mit 70 000 Goldmark durchgebrannt ist ein 25 Jahre alter, aus Rußland gebürtiger Kaufmann Wandel Chaitin, der zu Dresden in der Fürststr. 1 wohnte. Die festgestellte wurde, ist er mit dem Juge nach Berlin abgefahren. Man vermutet,

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Da bemerkte einer ein Staväringerboot mit Topsegel, das allein hinter den anderen Booten herfuhr, — quer über den Westfjord.

„Wer mag das sein?“ fragten einige und starrten hinüber. „Schwerenot, das ist Andreas Era!“ rief Jakob. „Also auch dies Jahr ist er uns heimlich davongefahren.“

Die Südländer blickten einen Augenblick diesem Kameraden nach, der ihnen wieder so einen Poffen gepiekt hatte. Nein, dieser Andreas, dieser Andreas!

Aber jetzt elste man sich. Die Rege wurden eingezogen, die Ruder ausgelegt, und nun ruderten Hunderte von Booten um die Bette, die alle an Land und zuerst die Heimreise antreten wollten.

Der alte Elias Klata verdrehte die Augen und legte sich ins Zeug. Hatte er Krankheiten, so mußte er sich jetzt gesundrudern.

Es wurde bis spät in die Nacht hinein gearbeitet. Es war viel zu ordnen. Aber am nächsten Morgen waren die meisten fertig, die Rambuße stand im Hinterschiff, der hohe Mast war errichtet. „Lebt wohl und habt Dank für dieses Jahr!“ Nordländer und Südländer winkten sich mit den Südwestern zu und strömten aufs Meer hinaus.

Es wurde still zwischen den Klippen, so leer an Booten, die Stille so hörbar zwischen den Ladeseidern. Jetzt hielt die Rösche hier ihren Einzug. Sie schwang sich über die Felsen auf weißen, sonnenglühenden Fingeln, ließ sich auf die blauen Sunde nieder und begann nach Abfällen zu tauchen.

Und es wurde so tot zwischen den Fischerhütten, wo es noch vor kurzem von Männern gewimmelt hatte. Jetzt starren die Fenster, grau vom Seetreiben, aus leeren Stuben, in denen man in der Eile vergessen hatte, den Fußboden aufzuwaschen, und wo ein ruhiger Kaffeekessel und ein schwarzer Topf mit Resten darin stehengelassen waren. Sie mußten Dreivierteljahr warten, bis wieder Leute ins Haus kamen.

Draußen auf einer Klippe stand ein Mädel, die Hände in den Seiten, und starrte einem bestimmten Boot nach. Der Wind zaukte in ihrem Haar und sie atmete schwer, vielleicht weil ihr Kleid so eng geworden war.

Sie sah die Dampfer hinaussteuern, sah Jachten und

Fahrzeuge die Segel hissen, überall Segel, Segel, und alle hasteten davon nach Küsten, die weit, weit entfernt lagen.

33.

So blau konnte der Westfjord sein. So gutmütig können die Wellen sich in Sonne und Wind tummeln, wie fröhliche Kinder, die Purzelbaum schlagen und vor Lust lachen. So warm kann der Wind wehen, obwohl es noch April ist und in Fjorden und Tälern der Schnee mannshoch liegt.

Dieses Heer von Segeln zerstreute sich nach allen Seiten, durch die Sunde nach den Westraal-Inseln, andere nach Nordosten, wo sie an Harstad und Abbestad vorbei durch die Schären kreuzten und weiter nordwärts an der unendlich langen Finmarkküste entlang fuhren. Die aber nach Osten wollten, nach dem Festlande oder weiter südlich, die flogen bei günstigem Winde dahin, so wie es sich gehört, wenn man um die Bette segeln will. Die Staväringerboote konnte man herausstemmen, weil sie über dem hohen Rahsegel auch ein Topsegel hatten und ganz oben am Mast einen roten Wimpel, der im Winde zitterte.

Und westwärts an der weißen Lofotwand, die im Sonnenbolde sich immer weiter in das Meer hineinschob, sah man weiße Segel, die immer kleiner anzusehen waren, je weiter entfernt die Fischerplätze waren, aus denen sie ausfuhren, von Bassfad, Sördaagen und Gloppe; man konnte sie als kleine Punkte unter dem gelben, lichtzitternden Himmel wahrnehmen.

Ueber den blauen Westfjord ging es, ein Schwarm fliegender Segel, die alle von Heimweh geknüllt wurden. Ganz plötzlich war in allen Gemütern diese Sehnsucht erwacht, dem Frühling und der Sonne entgegenzufahren, dieses Verlangens nach grünen Hängen und Wäldern mit springenden Knospen, nach kleinen Hütten auf Sandzungen und drinnen in Fjorden, dort im Süden, ganz weit im Süden, hundert Meilen von hier, ganz, ganz weit im Süden.

Die befreundeten Mannschaften versuchten auch jetzt beisammen zu bleiben. Wohl war Andreas Era heimlich vorausgefahren, aber die „Meerblume“ durchschnitt ganz in der Nähe der „Rösche“ in See die Wellen und Per Suzanla schäumte ein paar Bootslängen hinwärts dahin. Und die drei Bootsführer blickten westwärts über das Meer nach einem alten Kameraden mit geflügeltem Segel, der im Winter von Stamfund ausgerudert war.

Jetzt nahmen sie nicht den kürzesten Weg über den Westfjord, um sich in der Nähe des Festlandes in Sicherheit zu bringen, nein, jetzt ist der Top so hoch und so hell, so fahres

in einer schrägen Linie gerade auf einen sonnenfarbenen Schneegipfel zu, der am Horizont im Südosten gerade noch sichtbar war, das war der Landegode, und dorthin wollten sie die zwanzig Meilen über das Meer bis zum Abend kommen.

Segel waren vor ihnen und hinter ihnen und zu allen Seiten, und sie schaukelten auf dieser breiten Fläche von blauen, sanften Wellen. Die braunen Boote mit den geschwellten Segeln ritten auf den Wogen und ließen sich im Licht und Schaum mittragen, das war eine Lust für alle, aber schließlich hatte die Welle keine Zeit mehr, sie rollte weiter und ließ das Boot auf der nächsten nachkommen, hui, wie das sprühte! Die Nordlandboote flogen so leicht dahin mit den feinen Vinten und den großen, lohfarbenen Segeln; es war, als könnten sie sich jeden Augenblick aus dem Meer emporheben und Schwingen bekommen. Der Bootsführer sah mit der Pinne luwärts und war gut Freund mit Wind und Wetter. Und mitten in dem Schwarm der Boote eine schwere Nacht mit flachem Hintersteven; sie biles die Backen auf und leuchte dahin wie eine schwerbeladene Torfrau, wartet doch, ihr guten Leute, puh! Seit Hunderten von Jahren tragen diese Jachten einen schwarzen Wimpel am Segel zur Erinnerung an den Dichter“ der Nordländer, und noch heute ist es, als trügen sie Trauer an Bord. Aber weiter weg fürcht ein spitzes Visterboot die Wellen, erbittert, daß es den anderen nicht voran ist, und ein Stück leewärts stampft eine schwere Galeasse mit einer Unmenge von grauen, dreieckigen Segeln.

Der Nordwind frischte auf, und es war leicht zu bemerken, wer auf See zu Hause war. Sturm und offene See, das ist für manche, aber nicht für alle. Es gehört etwas dazu, bis der Führer eines Staväringerbootes das Topsegel streicht, wenn er auf der Fahrt küdwärts ist: das Boot ist schwer und behäbig, weil es so lange in der See gelegen hat, und im Schifferraum sind etliche Sonnen mit Leber, das Boot verlangt Segel.

Und der Führer steht da und schwingt die Pinne über dem Südwester, und die warme Sonne scheint ihm ins Gesicht. Heute ist er sonst, er ist wieder auf der großen Reise, unterwegs zu irgendeinem Glück, das ihn dort hinter den roten Wäldern, die er am Horizont sieht, erwartet. Und jetzt hat er günstigen Wind, jetzt kommt er! Und das Boot ist viel mehr als ein Boot, es hat sich aus graufernen Zeiten herangesegelt, einstmals war es ein Langschiff, und noch heute sieht der Führer hier und ist kein Fischer, sondern ein Häuptling.

*) Better Das, 1647—1708.

(Fortsetzung folgt.)

Nicht Abbau, sondern Aufbau.

Ein schulgesehichtlicher Augenblick.

Von Wilhelm Paulsen.

Die wissenschaftliche Berufsschule hat in der Sexta, Quinta und Quarta einen gemeinsamen einjährigen Unterbau (Französisch und Englisch), der durch Hinzutritt einer weiteren Gegenwartsprache geradlinig zur Oberrealschule, durch Hinzutritt des Lateinischen zum gemeinsamen Unterbau des Gymnasiums und darüber hinaus durch Griechisch oder Englisch zur selbständigen gymnasialen oder realgymnasialen Oberstufe hinansteigt. Die Fachgruppierung könnte auch anders vorgenommen werden. Ein oder zwei grundständige Gymnasien könnten als allehrwürdige Bildungs- und Kulturstätten daneben bestehen bleiben, wenn nicht schließlich auch sie durch die Leistungsfähigkeit des modernen Gymnasiums überholt und trotz der ihnen bewahrten Pietät abgebaut werden müssen.

Die allgemeine Schule steigt ohne besondere Betonung des Berufsweges im eigenen Bildungsgange in vier bis fünf Jahrgängen zu den Berufsschulen empor. Wahlfreier Unterricht in einer Fremdsprache und in Sonderfächern gibt ihr den Charakter einer Mittelschule. Am Ende des letzten Schuljahres entläßt sie die nunmehr sprachlich zur Entwicklung gelangten Schüler in eine verkürzte Realschule (in Berlin Bertram-Realschule), am Ende des siebenten Schuljahres in die Aufbauschule mit sechsjährigem Unterrichtsgang. Darüber hinaus wird das Bedürfnis entstehen, für junge Menschen, die bereits im wirtschaftlichen Leben stehen, Kurse einzurichten, in denen neben beruflicher Beschäftigung das Abitur erarbeitet werden kann. Gegenwärtig werden mit solchen „Berufsschülern“ in Reusköln die ersten bedeutenden Erfahrungen gesammelt. Trotz der äußeren Beschränkung der höheren Schulen wird es der Unversität also nicht an Studenten fehlen. Eine vernünftige Schulorganisation bürgt dafür, daß ihr die letzte Begabung zugeführt wird, die im ununterbrochenen, ihrer Entwicklung angepaßten Arbeitsgang der stolzen akademischen Höhe zurecht. Nicht müde, gequälte Geister, sondern aktive Menschen werden in Zukunft die Hörsäle füllen, die ihre Arbeit um so erfolgreicher gestalten können, wenn sich die Oberstufe zugunsten einer vertiefenden wissenschaftlichen Arbeit vom Stoff befreit und durch Beweglichkeit und Wahlfreiheit in den Fächern den persönlichen Neigungen und Kräften der Schüler Rechnung trägt — wenn die Oberstufe den Charakter der reinen Unterrichtsanstalt ablegt und Vorbereitungsstätte der Hochschule wird.

Praktisch wird eine solche Umstellung die Zusammenlegung sämtlicher Oberstufen der höheren Lehranstalten zu einer selbständigen Anstalt unter einheitlicher Leitung zur Folge haben. Schwach besuchte unwirtschaftliche obere Systeme verschwinden auf diese Weise mit einem Schlag. Den Kernunterricht erhalten Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen gemeinsam, in den charakteristischen Wahl- und Ergänzungsfächern werden sie sich trennen. Laboratorien und Hörsäle (Physik, Chemie, Biologie), Bibliotheken, Sammlungen und Lehrmittel werden gemeinsam benutzt. Selbst bei erheblicher Mehraufwendung für die gemeinsamen Einrichtungen wird durch diese Zusammenfassung eine ungeheure Ersparnis herbeigeführt. Die Mittelstufen der höheren Lehranstalten könnten ebenfalls wirtschaftlich zusammengefaßt werden. Nur durch ähnliche großzügige organisatorische Maßnahmen (die seit Jahren gefordert, in Berlin durch Bismar vertreten werden) lassen sich die schwierigen Planwirtschaftsfragen, vor denen insbesondere das zur Größe einer Provinz oder eines Landes herangewachsene Berlin steht, lösen; nur von diesen aus wird die Dezentralität die Arbeit und die Unannehmlichkeit der gegenwärtigen Abbaupläne beseitigen. Organische Fort- und Umbildungen unserer Institutionen erhalten und steigern ihren Wert bei gleichzeitiger äußerster Rücknahme auf die schwierige Finanzlage der Gemeinden. Aufbau und Sparlichkeit sind keine Gegensätze, sinnloser Abbau dagegen unerföhrlicher Verlust.

Bei der Eingliederung unserer Volksschule in das allgemeine Schulwesen besteht die große Gefahr, daß sie in größere Abhängigkeit von der wissenschaftlichen Berufsschule gerät und zur Vorbereitungsstätte der höheren Lehranstalten herabgedrückt wird. Mit der Selbstständigkeit ihrer Bildungs- und Erziehungsaufgabe opfert sie ihr Wesen. Das darf nicht geschehen. Die Erfahrung lehrt, daß gerade sie durch die Unbefangenheit und Voraussetzungslosigkeit ihrer Aufgabe berufen erscheint, die Erfahrungstatsachen für die Erziehungswissenschaften zu liefern. Von ihr aus erfolgen Anstöße und Antriebe für grundlegende Entwicklungen. Von keiner Tradition gebunden, hält sie sich den gestaltenden Kräften der Wirtschaft und Kultur menschlicher Gesellschaft offen und folgt dem Wandel ihrer geistigen und sittlichen Gesamtverfassung schneller als alle übrigen Schulgestaltungen. Sie bleibt in ihrer größeren Lebensnähe Gewissen und Kernstück aller Bildungsveranstaltungen. Massenbildung, nicht Sonderbildung ist das Problem.

Der breite Unterbau der allgemeinen Schule führt in acht oder neun Jahren in die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen (in deren Zusammenhang die Arbeiterklassen besondere Bedeutung gewinnen), von dort in Tagesklassen oder in Abendkursen, wieder in organischer Angliederung, in die Fachschulen, die Oberstufe der technischen, kaufmännischen und kunstgewerblichen Berufsschulen, die in jeder Hinsicht den Oberstufen der wissenschaftlichen Berufsschulen gleich zu bewerten sind. Es ist ein Verhängnis, daß die berechtigste Sorge um die höheren Lehranstalten Dezentralität und Befehlgebung von ihren Aufgaben und Pflichten gegenüber den Berufsschulen ablenken. Die allgemeine Bewertung der praktisch eingestellten Berufsschule ist rein gefühlsmäßig geringer als die der wissenschaftlichen, obwohl alle formale Wissenschaft letzten Grundes praktische Wissenschaft voraussetzt. Handarbeit steht gegen Kopfarbeit. Diese Gegensätze kann keine äußere, organisatorische Gleichsetzung beider Berufsschulen beseitigen, der Bildungsbegriff selbst muß sich gesellschaftlich wandeln. Solange es fälschlicherweise doppelte Bildungsziele und doppelte Bildungszwecke gibt, solange wird die flüchtig durchdachte Schulordnung die Integrität unseres Schulwesens nicht herstellen.

Aus dieser Erkenntnis erwuchs die neue Bewegung um die Lebensgemeinschaftsschule. Sie will die Erneuerung aller Bildungsarbeit nach dem Wesen jugendlichen Seins, verzichtet auf jedes Bildungsprivileg und vertraut damit der immanenten Kraft natürlicher Entwicklung und natürlichen Wachstums. Der Kampf um die neue Schule ist der Kampf um die Renaissance unserer Bildung. Er ist die Kräfteäußerung einer wieder erstehenden Kultur und zeitlich betrachtet ein Internat der geistigen und seelischen Entwicklungsgänge unseres Volkes und der Völker.

Zusammengefaßt: Die Volksschule wird zentrale Bildungsanstalt, die Fürsorge um sie muß mit ihrer Bedeutung wachsen. Die übrigen Schulen verlieren ihren ständischen Charakter und werden Schulen für Begabungen (nicht für Begabte). Ihr Umfang wird lediglich durch das sachliche Bedürfnis und die Zahl der in den breiten Massen tatsächlich vorhandenen Begabungen bestimmt.

Was die höhere Schule an Breite verliert, gewinnt sie an Tiefe. Sie ist kein privilegiertes Schutzwinkel für Untaugliche, sondern, vornehmlich auf der Oberstufe, wissenschaftliche Berufsschule. Als solche kann sie von einer neunstufigen Anstalt auf eine achtfache zurückgeführt werden.

Die Oberstufen der Lehranstalten werden aus praktischen und idealen Gründen vereinigt. Bei höchster Sparsamkeit werden erhöhte Mittel für den wissenschaftlichen Unterrichtsbetrieb flüssig. Zugleich muß die Zusammenfassung aus sozialen und pädagogischen Gründen (ungeheilte Jugend, Gemeinamkeit, Wechselwirkung) gefordert werden.

Bei Erwägungen über Verminderung der Wochenstundenzahl, Heraushebung der Klassenbesetzungsziffer, Erhöhung der Pflichtstundenzahl, bleibt wie in allen produktiven Betrieben die Leistungsfähigkeit der Schule ausschlaggebend. Finanzielle Ersparnisse müssen Ergebnisse veredelter Organisation, nicht entscheidendes Motiv sein.

Unter Verzicht auf zukünftige Neueinstellungen und bei Verwendung der Lehrer in allen Schulgestaltungen wird ein

Wirtschaft

Die Gefahr einer Verzögerung der Goldnote.

Die Verzögerung der Ausgabe der goldgedeckten Note, die der Rentenmarkt nach den Absichten der sozialdemokratischen Vorschläge unmittelbar folgen sollte, bringt für die Fortentwicklung der Währungsreform manche Gefahren. Wertvolle Hinweise dafür bietet die Geschichte der Goldnote in einzelnen Freistaaten, die mehr Initiative in dieser Frage zeigten als das unter dem Einfluß heftiger und hartenstehende Reichsbankdirektorium. So schreibt die Bremer Handelskammer in ihrem Bericht über das letzte Jahr:

In den Tagen des schlimmsten Verfalls der Papiermark, nach dem Goldnoteibehalt und Rentenmarkt im Verkehr waren, zeigten sich Krisenercheinungen, die in den beiden Hansestädten an der Nordsee dazu zwangen, auf eigene Faust mit der Schaffung eines werblichen Geldes zu leisten. Hamburger Kaufmannstreife gründeten die Hamburgische Bank von 1923, die auf Grund der bei ihr in Dollarkäufung unterhaltenen Giroquittungen Berechnungsanweisungen ausgab, welche ebenfalls ein vollwertiges Goldgeld darstellten. Neuerdings ist die Stadt Kiel dem Hamburger Beispiel gefolgt, auch haben Baden und, wenn auch nicht in völliger Begründung auf Gold, die Stadt Stuttgart bzw. die dortige Handelskammer ein ähnliches Goldgeld wie Bremen geschaffen, und im baltischen Gebiet wird, wie erwähnt, die Errichtung einer eigenen Goldnotenbank vorbereitet. In einem nicht unerheblichen Teile Deutschlands ist daher in kurzen mit einem Umlauf goldwertigen Geldes zu rechnen. Die im November erfolgte Berufung eines Reichswährungskommissars mit dem Programm, für das Reich als Ganzes auf Grund der freiwilligen Hilfe und unter Führung der Reichswehr eine Goldbank zu errichten, eröffnet eine Aussicht auf eine allgemeine Rückkehr zur Goldwährung. Sollte dieser Plan nicht oder auch nicht bald zur Durchführung gelangen, so ist allerdings damit zu rechnen, daß die Anfänge zu lokalen Goldwährungen auf der Grundlage ausländischer Geldes sich fortbilden werden. Wenn die Dinge so verlaufen, so wird es Sache der verschiedenen Stellen, die die Schaffung eines neuen Goldgeldes in die Hand genommen haben, sein, die Entwicklung so zu lenken, daß die Errichtung einer neuen Reichswährung auf ihren Fundamenten und durch ihre Tätigkeit angebahnt wird. Als der Bremer Dollar im Oktober geschaffen wurde, gab es noch keine Goldnoteibehalte und auch keine Rentenmark. Dank den Bemühungen einzelner Industrieller wurde dem Publikum alsbald die große Kaufkraft des neuen Goldgeldes klar gemacht, erfuhr es dadurch, daß die Brotpreise, indes auch die Preise für Fleisch und andere Lebensmittel ungefähr auf den Stand der Weltmarktpreise herabgesetzt wurden. Mit dem Erscheinen der Goldnote trat infolgedessen eine Veränderung ein, als dieses ebenfalls auf Dollar lautende Geld nun auch vom Verkehr gleichwertig mit dem Bremer Dollar in Zahlung genommen wurde, ebenso später die Rentenmark. Der Großverkauf mit Einfuhrwaren muß indes Goldnote und Rentenmark wohl oder übel nach ihrem Marktwert gegenüber den Devisen auf dem Weltmarkt bewerten; er kann daher diese Zahlungsmittel nur solange als vollwertig anerkennen, als die amtlichen Devisenwertungen übereinstimmen.

Ein Weg zur besseren und billigeren Brotversorgung.

Genosse Schumann, Bevollmächtigter des Zentralverbandes der Bäcker, schreibt uns:

Der „Vorwärts“ brochte in seiner Abendnummer vom 27. Dezember unter obiger Ueberschrift eine Besprechung der Eingabe der Hamburger Konsumentenkommission an das Reichs-Landwirtschafts- und Ernährungsministerium, welche angeblich zur Steuerung „des unnotig hohen Brotpreises“ eine „bessere und billigere“ Brotherstellung anstrebt. Zur Erreichung dieses Zieles wird als einziges Mittel die Wiedereinführung der Nachtarbeit verlangt und die Aufhebung der dem entgegenstehenden Verordnung vom 23. November 1918.

Ist dies durch diese Maßnahmen möglich, und was dies früher der Fall, als doch die Großbetriebe die drei Schichten hatten? Diese Frage muß mit Nein beantwortet werden, denn wenn auch vorgegeben werden soll, daß bei einer achtfündigen Betriebspause der erste Ofen etwas mehr Kohle verbraucht, so wird doch durch den Aufwand an Licht, welcher durch die Nachtarbeit bedingt wird, dieser Kohlenmehrverbrauch völlig aufgezwungen.

In der Morgennummer des „Vorwärts“ vom Freitag, den 4. Januar, nimmt nun auch Genosse Stadtrat Schünning das Wort zur Brotverbilligung und kommt ebenfalls zu dem Hauptargument, daß die Nachtarbeit zur Verbilligung des Brotes notwendig sei. Man geht gewiß nicht fehl, wenn man annimmt, daß ihm der Artikel der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 22. Dezember 1923 die notwendigen Erläuterungen gebracht hat.

Warum kann nach Ansicht der „Rundschau“ durch die Nachtarbeit das Brot verbilligt werden? Sie behauptet, daß dadurch Kohlenersparnis erzielt wird und die Produktion pro Mann größer wird, da das An- und Abfahren der Produktion, welches ein gewisses Verlaufen darstelle, vermieden würde.

Was ist daran wahr? Folgen wir mal der „Rundschau“, die bei dem Kohlenverbrauch 20 Kilo als Idealverbrauch pro Sach hinstellt. In Berlin haben Probeheizungen, welche verschiedentlich vorgenommen wurden, ergeben, daß pro Sach 20,88 und 21,4 Kilo verbraucht werden. Wo bleibt da der Mehrverbrauch von 50 Proz., welche die fehlende Nachtarbeit verschlingt? Wenn also mehr als gewünscht an Kohle verbraucht wird, so ist der Grund nicht bei der fehlenden Nachtarbeit, sondern bei der mangelnden Befähigung der Ofen bzw. deren Feuerung zu suchen. Würde man den Lichtverbrauch nicht berücksichtigen, die Kohlenersparnis, welche, um

Ausgleich herbeigeführt werden, der umfangreiche Entlassungen unnötig macht und die Schule vor schwerer Schädigung bewahrt.

Mit der organischen Zusammenfassung aller Schulen schließt sich der historische Kreis. Der Unterrichtsgeheimrat von Staatsrat Süvern: „Allgemeines Gesetz über die Zusammenfassung des Schulwesens im preussischen Staat“ versuchte, sozialen Entwicklungen voranzutreiben, bereits 1819 eine einheitliche Zusammenfassung aller Schularten. Er wurde aber ein paar Jahre nach seinem Entstehen von der politischen Reaktion kurzerhand „zu den Akten geschrieben“. Die Frankfurter Reformpläne vereinigten die unteren Stufen der höheren Lehranstalten unter Einfluß der Realschulen. Der kaiserliche Erlass von 1900 schloß diese Entwicklung ab. Die harten sozialen und ökonomischen Tatsachen fordern gebieterisch, daß nunmehr, 100 Jahre nach Süvern und nach mehr als zwei Jahrzehnten schulerreformischer und organisatorischer Versuche, der Schlußstein gesetzt werde. Die Volksschule als die allgemeine Bildungsanstalt der ungeheuren Mehrheit unseres Volkes muß der Grundbau werden, die wissenschaftlichen und technischen Berufsschulen Auf- und Nebenbauten der Schule. Hätte die Revolution ein solches Reichsschulgesetz gebracht, sie hätte eine ergreifende soziale Tat begangen. Eine Kraft wäre von ihr ausgegangen, die stärker und unüberwindlicher gewesen wäre, als alle Schutzmaßnahmen für die bedrohte Verfassung unseres jungen freiheitlichen Volkes.

diese imposant erscheinen zu lassen, für sämtliche Konsumbädereien angeführt wurde, würde bedeutend zusammenkrumpfen, und was übrig bleibt, durch den Lichtverbrauch aufgezehrt werden. Rechnet man aber noch hinzu, daß viele Konsumgenossenschaften ausruhen würden, wenn sie ihren Betrieb in zwei Schichten ausüben könnten, d. h. wenn sie den Umsatz hätten, um zwei Schichten mit der Brotherstellung einzustellen, so kann man erst recht würdigen, wie die Berechnung des Mehrkohlenverbrauchs zur Stimmungsmache herangezogen worden ist.

Mehrproduktion pro Arbeitskraft ist möglich, wenn der Leerlauf vermieden wird, ist die zweite Begründung. Mit der Behauptung, daß pro Sach 2 1/2 Stunden verloren gehen, will ich mich nicht befehlen, da sie zu groß ist. Wie hoch ist die Produktion heute in der Konsumbäderei Berlin pro Arbeitskraft? Sie ist 27 1/2 Sach pro Mann. Man erzieht 28 bis 30 Sach pro Mann. Ist dies aber durch die Nachtarbeit möglich? Auch das muß verneint werden, da von einem Leerlauf bei richtiger Einteilung nicht gesprochen werden und auch bei drei Schichten ein gewisser Leerlauf nicht vermieden werden kann, da ja Reinigung des Betriebes jeden Tag auch zur Ordnung gehört.

Wenn man nun noch angedt, daß heute die Kalkulation auf neun bis zehn Sach pro Arbeitskraft aufgebaut ist, so stimmt dies, bedeutet aber keine Bereuerung des Brotes, da bei den Großbetrieben wohl pro Mann das dreifache Quantum an Mehl verarbeitet wird, was aber durch den Transport, Maschineninstandhaltung und deren Betriebsstoff sowie Verzinsung des durch die Maschine investierten Kapitals aufgewogen wird. Die Konzentration der Produktion hat eben bei der Brotherstellung an einem bestimmten Punkte seine Grenze.

Es ließe sich in dieser Sache noch vieles anführen, doch soll es mit dem Angeführten kein Bemeden haben. Ich fasse alle zusammen: Die in Aussicht gestellte Kohlenersparnis wird durch die Nachtarbeit nicht erreicht, was durch die Probeheizungen nachgewiesen ist. Der Mehrverbrauch bei der ersten Anheizung wird durch den Lichtverbrauch reichlich aufgezwungen. Eine Mehrproduktion findet ebenfalls nicht statt, da die Leistung von 28 Sach pro Arbeitskraft im Großbetrieb schon heute erreicht wird und sogar überschritten werden kann. Um aber für einige wenige Konsumbädereien, welche schließlich aus Mangel an genügender Anzahl von Ofen gewisse Teile des Konsum nicht decken konnten, wieder für alle Bäcker die Nachtarbeit und die siebenstündige Arbeitswoche zur Regel zu machen, das muß von den Bäckerarbeitern abgelehnt werden. Ist dieser doch noch zu gut das Elend in Erinnerung, was unermesslich an diese Arbeitsmethode gebunden ist. Wenn nun auch die Forderung der Nachtarbeit nur für Großbetriebe diese verlangen, so müßten diese doch auch wissen, daß die Durchführung einer solchen Einteilung unmöglich ist, da kein Bäcker sich finden würde, welcher einen belagerten Kleinmeister betrauen würde, wenn dieser als Verteilung seiner Tat die Konturierung des Großbetriebes ins Treffen führen würde.

Eigenartig mutet es die Bäckerarbeiter an, daß über den Brotpreis sich alle Welt äußert und seine „weisen“ Ratsschläge erteilt. Sind denn die Elemente des Brotes und die dazu benötigten Hilfsmittel, wie z. B. Mehl, wirklich im Preise so niedrig, daß für Brot der Friedenspreis verlangt werden kann, während alle anderen Gebrauchs- und Verbrauchsartikel wesentlich über dem Friedenspreise stehen?

Weitere Übernahme von Rentenmarkgeschäften durch die Reichsbank. Der Ausweis der Reichsbank vom 7. Dezember läßt die weitere Übernahme von Rentenmarkgeschäften durch das Zentralnoteninstitut erkennen. Der kommissionarische Umlauf von Rentenmark gegen Papiermark für Rechnung des Reiches wurde fortgesetzt und ein Erlös von 37,1 Trillionen Mark auf die Schatzanweisungsschuld des Reiches abgeschrieben, die damit auf 80,7 Trillionen Mark zurückging. Diesem Rückgang steht eine Zunahme der privaten Papiermarkkredite gegenüber. Die Wechselstände liegen nun 48,9 auf 304,2, die Lombardforderungen um 16,2 auf 23,7 Trillionen Mark. Der Banknotenumsatz zeigt zum erstenmal seit langer Zeit eine Abnahme, nämlich um 10,8 auf 800 Trillionen Mark. Im Goldbestand trat der Gesamthöhe nach keine Veränderung ein.

Richtpreise in Berlin im Nahrungsmittel-Großhandel und im Verkehr mit dem Einzelhandel in Originalpackung vom Montag, den 7. Januar

offiziell festgesetzt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Großhandels E. V. Berlin. Die Preise verstehen sich in Gold-M. für 50 kg in Originalpackung ab Lager Betrieb.

Gerstengraupen, lose	19,45	20,85	Kassia Vera	108,75
Gerstentzweige, lose	19,45	20,85	Kömme, holländischer	146,25
Hartstücken, lose	19,50	21,00	Neiken Zanrihar	237,50
Malzgerste, lose	19,45	20,85	Schwarzer Pfeffer-Singap.	166,75
Maisgrös	20,05	20,95	Weißer Pfeffer	130,00
Malsouder, lose	24,05	24,45	Pinnet Jamaica	79,41
Ro-gemehle 0/1	15,46	16,05	Kaffee Prime roh	190,75
Welschgrös	21,03	21,73	Kaffee Superior	170,00
Hartgrös	23,00	24,00	Röstkaffee Zentralam.	247,00
7 1/2 Weizenmehl	16,75	18,75	Röstkaffee Zentralam.	240,00
Weizen-Auszugmehl	21,05	21,95	Malzkaffee, gepackt	37,00
Speiseerbsen, Victoria	32,75	34,20	Röstzetreide, lose	30,82
Speiseerbsen, kleine	27,5	28,30	Ersatzmischung mit 20%	
Bohnen, weiße, Peri	27,75	28,55	Kaffee, gepackt	55,00
Linsbohnen, handverles.	32,25	33,15	Kakaopulv., lose, fettarm	155,00
Linsen, kleine	27,75	28,45	Tee in Kisten Souchon	360,00
Linsen, mittel	34,65	35,45	Inlandsucker basis mel.	45,25
Linsen, groß	41,55	42,35	Inlandsucker Raffinade	65,25
Kartoffelmehl	22,50	23,70	Zucker Würfel	47,25
Makkaroni, lose	42,25		Kunsthonig	52,50
Schnittmehl, lose	27,65		Marmelade Eintr. Erdb.	108,25
Burma II unglasert	2,00		Marmelade Vierfrucht	59,25 - 62,10
Slam Patna I glasert	29,70		Siedesalz in Säcken	7,00 - 7,25
Grober Bruchreis	18,75		Steinsalz in Säcken	4,85 - 5,10
Kleingries u. mehl, lose	14,25		Siedesalz in Packung	7,70 - 8,10
Rindfleisch, amerik. extra			Steinsalz in Packung	3,40 - 3,70
choice	114,70		Bratenmark in Tierces	56,00
Getr. Anröschen, cal. fancy	136,90		Bratenmark in Kübeln	58,00
Getr. Birnen, cal. fancy	114,70		Purelard in Tierces	54,00
Getr. Pilsener, cal. extra			Purelard in Kisten	64,00
choice	122,05		Mar. arine, Handelsmark	58,00 - 62,00
Getr. Pilsamen	55,70		Margarine, Spezialmarke	65,00 - 76,00
Korinthen in Kist. choice	82,90		Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	42,00
Rosinen in Kisten	68,20		Speck, gesalzen, fett.	77,00
Sultaninen in Kisten	98,70		Quadrantkäse	75,00
Mandeln, bittere Bari	99,30		Quarkkäse	50,00
Mandeln, süße Avola	155,50		Tilster Käse, vollfett	135,00
Kaneel	177,90		Tilster Käse, halbfett	90,00

Heutige Umrachungszahl 1000 Milliarden.

*) Siehe den ersten Artikel in der Sonntagsmorgenausgabe des „Vorwärts“.

